

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 13. Februar 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Handbemerkungen zur Woche

Hendersons Eröffnungsrede zur Abrüstungskonferenz — Unbarmherziger Krieg Japans gegen China — Landjäger Hitler — Das Heer der Arbeitslosen — Gewerkschaften fordern erneut: Arbeitsbeschaffung

Die Genfer Weltabrüstungskonferenz steht unter einem Unstern. Als sie am 2. Februar 1932 von ihrem Präsidenten, dem englischen Arbeiterführer Henderson eröffnet wurde, erhielt das unglückliche China bereits die ersten japanischen Bomben und Granaten, die unzählige Menschenleben vernichteten. So konnte sich naturgemäß auch die vortreffliche Rede Hendersons nicht hinreichend auswirken; denn man kann bei der schwächlichen Haltung des Völkerbundes gegenüber diesem furchtbaren ostasiatischen Konflikt schon beinahe von einer Komödie in Genf sprechen. Wenn es nicht einmal gelingt, einen so offenkundigen Kriegseinbruch abzustoppen, wie sollen da Abrüstungsprogramme gedeihen? Völkerbunds- und Kellogg-Pakt sind staubige Akten geworden und draußen herrscht wieder hemmungslos die Kriegesfurie. Das brachte auch Henderson in seiner Eröffnungsrede zum Ausdruck. Er wies darauf hin, daß Vertreter von 1700 Millionen Menschen im Völkerbund vereint sind. Es müsse also gelingen, so schnell wie möglich eine wesentliche Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen aller Länder zu erreichen. Keinerlei Rüstungen mehr außerhalb des feststehenden Vertrages durch die Nationen. Sicherung weiterer Abrüstungsarbeiten, um auf dem Wege ähnlicher regelmäßiger Konferenzen die Abrüstung planmäßig weiterzutreiben.

Die Absicht ist zwar zu loben, aber das Faktum des Wettrennens besteht in Europa in einem solchen Ausmaß, wie es die Dorkriegszeit nie gekannt, geschweige denn erlebt hat. Die Fortschritte der Kriegstechnik wirken sich bereits zum erheblichen Teil in dem Krieg aus, den Japan gegen China führt. Massenbombenabwürfe auf friedliche Zivilbevölkerung sind jetzt in Schanghai an der Tagesordnung. Würde das zu respektierende Quartier der Nationen nicht existieren, so hätte man höchstwahrscheinlich auch schon Giftgase und Hungerblockade von Seiten Japans angewendet, denn dieses Volk ist „militärisch sehr fortschrittlich“.

An der Weltabrüstungskonferenz nehmen 64 Staaten teil. Unter den Vertretern sind allerdings 28 Generale, 15 Admirale und viele Hunderte Generalstabs- und Admiralstabsoffiziere. Diese Zusammenlegung allein dürfte die Abrüstungskonferenz so ungünstig beeinflussen, daß wesentliche zwangsläufige Abrüstungen daraus kaum resultieren. Und wenn es auch in gegenwärtiger Zeit geradezu zum Verzweifeln ist, es bleibt uns kein anderer Trost als die Erkenntnis:

Das kapitalistische System ist mit dem Militarismus innig verbunden.

Nur ein sozialistisches Wirtschaftssystem garantiert grundsätzlich den Frieden und wird die Abrüstung entsprechend durchführen können.

Don diesem sozialistischen Geist war immerhin der letzte Teil der großen Rede Hendersons durchdrungen, worin er ausführte:

„Gegenwärtig kann es nur eine Gleichheit der Rechte für jede Nation in der von uns gebanten freien Gesellschaft der Völker geben. Es kann nur die Brüderlichkeit aller Völker geben, die in Zukunft nicht mehr Feinde, sondern treue Freunde sein werden. Es kann jetzt nur die Freiheit für jedes Volk geben, sein Leben ohne Furcht vor Ungleichheit, vor Be-

drückung oder Krieg leben zu können. Laßt uns die große uns auferlegte Aufgabe in Angriff nehmen, laßt uns Entscheidungen fällen und die Nationen den ersehnten Höhen entgegenführen!“

* * *

Will man die Hintergründe des japanischen Angriffskrieges klar erkennen, so muß man sich vor Augen halten, daß hier regelrecht das Musterbeispiel eines imperialistischen Krieges vorliegt. China hat seit Jahr und Tag — von seinem Standpunkt aus durchaus mit Recht — den Boykott japanischer Waren durchgeführt mit dem Erfolg, daß viele Millionen Pfund Sterling Schäden durch unverkaufte japanische Waren festzustellen sind. Japan fordert nun freien Handel in der Mandchurei, jener großen Provinz, die mehr als 20 Millionen Menschen faßt, und in der Japan Besitzer großer Industrieanlagen sowie der von ihm gebauten Eisenbahn ist. An und für sich erscheint es zweifelhaft, daß mit militärischen Mitteln ein Boykott überhaupt gebrochen werden kann. Japan will aber offenkundig unter möglicher Ausschaltung des Völkerbundes einen Friedensvertrag mit China herbeiführen, der eine solche Warenabnahmeverpflichtung enthält und darüber hinaus wahrscheinlich weitere Befetzungsrechte Japan in der Mandchurei sichert. Da Japan zurzeit ein völlig militärisch absolutistischer Staat ist (etwa wie das Preußen der Dorkriegszeit), so ist die Kriegsbegeisterung groß, und es fragt sich nur, ob England und Amerika, die bis zu einem gewissen Grad an der friedlichen Ausbeutung Chinas interessiert sind, die Dinge so weitergehen lassen. Ihr bisheriger Einspruch beschränkt sich leider in der Hauptsache auf die eigenen Staatsangehörigen, der friedlichen chinesischen Bevölkerung, die sich nur an einzelnen Stellen zur Abwehr aufgerafft hat und die ohnehin durch den jahrelangen Bürgerkrieg zermürbt ist, scheint vorerst keine durchgreifende Hilfe zu kommen, wenn nicht der moralische Druck Europas auf den Völkerbund in den nächsten Tagen stärker wird. Die gesamte Arbeitnehmerschaft Europas, Amerikas und der anderen Länder hat alles Interesse daran, daß das japanische Kriegsabenteuer baldmöglichst beendet wird.

* * *

Don der Tragödie zur Komödie ist manchmal nur ein kleiner Schritt. Der „große Hitler“ wäre gern, gar zu gern Präsidentschaftskandidat geworden, um gegen Hindenburg auftreten zu können. Das haben sowohl sein höhnvoller Brief an Brüning als auch das Gebaren der Nationalsozialisten ziemlich einwandfrei bewiesen.

Aber er ist „staatenlos“. Wie der „Vorwärts“ schon vor Monaten mitteilte, hat er seiner Militärpflicht in Oesterreich seinerzeit (1912) nicht genügt. Er „ging“ vielmehr in die bayerischen Berge, um sich dann 1914 als Kriegsfreiwilliger aus der schwierigen Situation einer eventuellen Auslieferung zu retten. Im Krieg soll er nun nach Angabe seiner Anhänger allerhand Frontkämpfentaten geleistet haben. Wir kennen dieses Kapitel nur aus seinen eigenen Schriften, und die sind bekanntlich mit großer Vorsicht zu genießen. Soviel aber steht fest, daß das, was der ehemalige thüringische Ministerpräsident Dr. Frick mit ihm angestellt hat, indem er ihn zum Beamten machen wollte, kaum

seinesgleichen in der Geschichte hat, es sei denn, man zieht die Komödie des „Hauptmanns von Köpenick“ mit heran. Die Tagespresse hat sich mit dem „Landjäger Hitler“ ziemlich eingehend beschäftigt und die Dokumente dafür bekanntgegeben. Es mag für unsere Kollegenschaft genügen festzustellen, daß Hitler unter dem Schweigegebot von zwei Regierungsräten formell zum Beamten (Oberwachtmeister für Hildburghausen) ernannt wurde, um auf diese Weise hintenherum seine Einbürgerung zu erzielen, da dies auf legalem Wege nicht zu erreichen war. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß die nationalsozialistischen Führer aus Scharlatanen, Stellenjägern — also Parteibuchbeamten — und Abenteurern bestehen, denen eine gläubige Masse von Unwissenden nachfolgt, so ist dieser Fall charakteristisch. Zehntausende von Beamten aller Art haben nationalsozialistisch gewählt in dem naiven Glauben, daß es dadurch wirtschaftlich besser werden würde und die böse Lohnabbaumaschine zum Halten gebracht werden könnte. Mittlerweile sollten auch den letzten aus dem Dorfe die Augen aufgehen über das nationalsozialistische Treiben. Diese Führung ist weder aufrichtig noch legal. Sie sammelt zum Teil die minderwertigsten Menschentruppen als Sturmtruppen und skrupellos wird mit Stuhlbeinen, Schlaginstrumenten und Revolvern „Politik getrieben“. Wer das will, der wähle in den kommenden Wahlkämpfen nationalsozialistisch!

Wir möchten aber glauben, daß diese Affäre des Gendarmen von Hildburghausen doch einen erheblichen Teil der Hitlerwähler endlich zur Besinnung bringen sollte.

* * *

Don den zahlreichen bürgerlichen Pressestimmen möchten wir nur folgendes Zitat aus dem „Berliner Tageblatt“ bringen:

„Was sind das für politische Figuren, die wie kleine Desraudanten hinter dem Rücken ihrer Kollegen für private Parteigeschäfte das Recht verletzen, was ist das für eine Legalität, die den Mißbrauch der Amtsgewalt, die Köstigung von untergebenen Beamten für selbstverständlich hält, wenn der Partei ein Vorteil winkt, und was ist das schließlich für eine moralische Begriffsverwirrung, die — wir meinen die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ — einen solchen Trick beinahe bewundernd als Beweis „indianischer Schlaueit“ bezeichnet!“

* * *

Aber für die Gewerkschaften ist doch etwas anderes ungemein wichtig. Das ist nämlich die

Verbrüderung der Nazis mit der Schwerindustrie,

die kürzlich im Parkhotel in Düsseldorf stattfand. Wir haben bereits kurz darüber berichtet. Hitler hat in einer Versammlung vor bald tausend Vertretern der Schwerindustrie zwei Stunden geredet, und wenn auch einige Schwerindustrielle etwas enttäuscht gewesen sein sollen von dem Inhalt dieser Rede, so geht doch allen Ernstes die Nachricht durch die Zeitungen, daß der Industrie-gewaltige Fritz Thyssen seinen offiziellen Uebertritt zur Nationalsozialistischen Partei vollzogen haben soll. Wenn man das bezahlte Organ der Schwerindustrie, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, aufmerksam verfolgt, so kann man leicht herausfinden, daß ihre Sympathie für Hitler schier unbegrenzt ist, obwohl sie das manchmal unter einem leisen Tadel ein wenig geschämig verbirgt. Denn der Journalismus der „DAZ.“ ist „gerissen“ und steht in der Beziehung sicher nicht dem nach, was man von jener Seite sonst der „jüdischen Journaille“ nachsagt. Thyssen hat Hitler und seine Partei als die „einzige Rettung für die Industrie“ bezeichnet. Wenn man also schon selber nicht mehr das System des Herr-im-Hause-seins oder des Herrenmenschentums durchsehen kann, wie in der Vorkriegszeit, so will man doch die Todfeindschaft gegen die austretende Arbeiterchaft erhalten, und dazu braucht man die Prätorianergarde und die Pinkertons der Nationalsozialisten. Tarifverträge sind den Herren von jeher ein Greuel gewesen durch alle Jahrzehnte, und das Recht der Verhandlung oder gar die Gewerkschaften als gleichberechtigten Faktor im Wirtschafts-prozess anzuerkennen, werden diese Herren freiwillig nie tun. Soweit könnte man die Sache vom marxistischen Standpunkt des Klassenkampfes aus noch zur Not verständlich finden; unverständlich wird die Sache erst dadurch, daß Hunderttausende von Menschen sich der nationalsozialistischen Bewegung angeschlossen haben gegen die freizeithlichen Bestrebungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. — Die Großindustrie hat allerdings mit viel Geld — sicher sind dafür bereits mehr denn 100 Millionen ausgegeben, womit man allein Zehntausenden von Arbeitern Beschäftigung hätte schaffen können — den Versuch unternommen, sich mit einer „Volksbewegung“ zu verbinden, um wieder die volle Kapitalsherrschaft der Vorkriegszeit herbeizuführen und ihre Position zu befestigen.

Leider hat ihr die Brüning-Regierung in erheblichem Maße Gefolgschaft geleistet und die Lohn- und Gehaltsabbaunotverordnungen geschaffen, die sich volkswirtschaftlich katastrophal auswirken mußten, wie vorauszu sehen war. Selbst der deutsch-nationale Preiskommissar Dr. Goerdeler hat in diesen Tagen bekannt, daß er über den geringen Rückgang der Preise enttäuscht sei, und daß noch erhebliche Anstrengungen gemacht werden müssen, um bis zum Preisausgleich für die 10- bis 15proz. Lohn- und Gehalts herabsetzung zu kommen; denn diesen Ausgleich hat bekanntlich Brüning in einem Brief an Wels ausdrücklich für sein Ziel erklärt. Würde dieses Ziel nicht erreicht werden, so liege eine neue Situation vor. An dieses Wort muß immer wieder erneut erinnert werden. Es ist bei alledem Aufgabe der gewerkschaftlichen Preiskommissionen, auf weiteren Abbau der Preise für die Konsumenten zu dringen.

* * *

Inzwischen ist das Heer der Arbeitslosen unheimlich gewachsen. Bereits Anfang Februar hatten wir über 6½ Millionen Arbeitslose. Das bedeutet natürlich ein schier unvorstellbares Elend weitester Volksmassen; denn damit verknüpft ist auch das Elend zahlloser Familien, so daß der notleidende Volksteil sicher auf fast 20 Millionen zu schätzen ist. Wir sind also in einem Stadium, von dem man fast sagen möchte: Es kann nicht mehr lange so weitergehen!

Wette Kreise des Kleinbürgertums sind ebenfalls ins Elend geraten, insbesondere hat der sogenannte Mittelstand der freien Berufe: Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler aller Art, soweit sie keine feste Position haben, ebenfalls schwer zu leiden. Und auch eine ganze Reihe von Betrieben mußten geschlossen werden, die noch vor Jahresfrist kapitalkräftig und gesund erschienen. Was sich aber behauptet, das sind die Herren der Großindustrie, der Kartelle, Syndikate und Trusts. Und es ist das Unglück für Deutschland, daß sich bislang keine Regierung der Nachkriegszeit gefunden hat, um mit diesen Herren ein ernstes Wort zu sprechen und ihnen diese angebliche „Wirtschaftsführung“, die in Wirklichkeit eine Führung in den Abgrund des Elends ist, aus der Hand zu nehmen. Wahrlich, die Nachfahren unserer Zeit werden einmal mit Kopfschütteln die grausigen Notberichte aus unseren Tagen lesen und es unverständlich finden, daß Millionen so schwer gepeinigt werden, daß aber einige Tausend prassen und schlennen können und sich obendrein noch als Wirtschaftsführer aufzuspielen vermögen.

* * *

Die deutschen Gewerkschaften haben seit Jahren Vorschläge gemacht, um wenigstens die Krise in Deutschland so zu mildern, daß sie vom ganzen Volke getragen werden könnte. Seit vielen Jahren ist kategorisch gefordert worden: Her mit der 40-Stunden-Woche, Fortfall jeglicher Ueberstunden! Es ist furchtbar, daß Regierung und Unternehmertum sich bislang dagegen sträuben konnten und es so zum unsäglichen Elend kommen ließen. Wir haben ein klar ausgebautes Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt und nachgewiesen, daß unter allen Umständen die Kauf- und Konsumkraft der Massen erhalten bleiben muß. Jeglicher Lohnabbau bedeutet aber Einschrumpfung dieser Kaufkraft und damit weitere Vergrößerung des Arbeitslosenheeres.

Die kapitalistische Wirtschaft ist krank am ganzen Körper, und niemand weiß, ob sie noch einmal „gesund“ kann. In dem Zeitalter, in dem wir leben, werden ungeheure Anforderungen an den einzelnen gestellt. Trotz aller Not, Sorge und Elend soll er ein Kämpfer sein, soll er sich zurechtfinden in diesem politischen Wirrwirr dieser Tage. Was Wunder, wenn er einer rechts- oder linksradikalen „Schlager“-Agitation verfällt und den klaren programmatischen Forderungen der Gewerkschaften gegenüber gleichgültig ist, weil er nicht sieht, daß unser Programm verwirklicht wird. Aber den Sozialismus und die Forderungen für eine Planwirtschaft, die die Gewerkschaften aufstellen, können wir nur durchführen,

wenn wir an der Macht sind!

Gerade in diesen Elendszeiten ist die Arbeitnehmerschaft zersplittert und nicht einheitlich und geschlossen. Diejenigen aber, die in der gewerkschaftlichen und politischen Front stehen, dürfen nicht erlahmen mit ihrer kategorischen Forderung:

Wir wollen einen sofortigen Umbau dieser Wirtschaft! Wir fordern Arbeitsbeschaffung und Hilfe für die Millionen der Notleidenden unseres Volkes!

E. D.

Kurzarbeiter, Bürgersteuer und Lohnsteuererstattung

Ueber die Abstellung der unerträglichen Härten, die bei der Erhebung der Bürgersteuer und infolge der Aufhebung der Lohnsteuererstattungen entstanden sind, fand am 2. Februar eine Besprechung zwischen Reichsfinanzminister Dietrich, den Vertretern des ADGB, des AfA-Bundes und der übrigen gewerkschaftlichen Spitzenverbände, den Reichstagsabgeordneten Dr. Herz (Soz.), Erjing und Gerig (Ztr.) statt. Die Vertreter der Parteien und der Gewerkschaften brachten die ungeheuerlichen unsozialen Folgen der Bürgersteuer und die Aufhebung der Lohnsteuererstattung zur Sprache. — Bei der Bürgersteuer haben sich diese Härten vor allem bei den Kurzarbeitern ergeben, die in sehr vielen Fällen weniger verdienen als die Arbeitslosenunterstützung beträgt, deren Lohn ja sogar oftmals unter die Reichssätze der Wohlfahrtsunterstützung sinkt. An Hand vieler Einzelbeispiele wurde dem Minister nachgewiesen, daß bei vielen Kurzarbeitern die heutige Form der Bürgersteuererhebung dahin führt, daß ein Lohnempfänger erst Bürgersteuer zahlen und nachher noch eine Unterstützung von der Gemeinde erhalten muß, weil er weniger verdient als die Wohlfahrtsunterstützung ausmacht. Gegenüber diesem widersinnigen Rechtszustand haben schon viele Gemeinden den Weg der Selbsthilfe beschritten und durch Vereinbarung mit den Arbeitgebern oder durch öffentliche Bekanntmachung festgelegt, daß in allen Fällen keine Bürgersteuer gezahlt zu werden braucht, in denen das Einkommen die Reichssätze der Wohlfahrtspflege nicht überschreitet. — Ebenso unerträglich ist die Härte, die sich bei Kurzarbeitern ergibt, die zwar mehr als die Reichssätze verdienen, aber weniger als die Freibeträge der Lohnsteuer ausmachen. Zwar gibt es in der Bürgersteuerordnung die Vorschrift, daß Lohnsteuerfreie Arbeitnehmer nur den halben Bürgersteuerfuß zu zahlen haben. Aber maßgebend für die Anwendung dieser Vorschrift ist nicht das gegenwärtige Einkommen, sondern das Einkommen im Jahre 1930! — Die Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Bürgersteuer gingen auf völlige Befreiung der Lohnsteuerfreien Einkommen von der Bürgersteuer. Als das aussichtslos schien, angesichts der katastrophalen Finanzlage in zahlreichen Gemeinden, forderten sie Änderungen in zwei Richtungen: 1. Dolle Befreiung aller Lohn- und Gehaltsempfänger, die infolge Kurzarbeit oder aus anderen Gründen weniger verdienen, als die Reichssätze der Wohlfahrtspflege betragen, 2. Ermäßigung der Bürgersteuer auf die Hälfte bei allen Lohnsteuerfreien, wobei das Einkommen zur Zeit der Zahlung der Bürgersteuer und nicht das Einkommen von 1930 zugrunde gelegt wird.

Reichsfinanzminister Dietrich erkannte die Berechtigung der beiden Forderungen an und sagte zu: 1. Wegen der Befreiung der Einkommen unter den Wohlfahrtssätzen eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Städtetag sowie den übrigen kommunalen Spitzenver-

bänden herbeizuführen, 2. Spätestens vom 24. Februar ab bei allen Lohnsteuerfreien Arbeitnehmern nur noch den halben Satz der Bürgersteuer zu erheben. Die erforderlichen neuen Durchführungsbestimmungen sollen sofort im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet und bereits in den nächsten Tagen dem Reichsrat zur Verabschiedung vorgelegt werden.

In der Frage der Lohnsteuererstattungen wurde von den Gewerkschafts- und Parteivertretern grundsätzlich die Forderung erhoben, sämtliche Erstattungen wieder einzuführen. Es wurde

aber anerkannt, daß aus technischen und finanziellen Gründen die Durchführung dieser Forderung im vollen Umfang im Augenblick nicht mehr möglich ist. Wenn aber schon die Erstattungen aus Rechtsgründen wegen Verdienstaussfalls nicht sofort wieder eingeführt werden könnten, müßten auf alle Fälle die Erstattungen aus Billigkeitsgründen auf Grund des § 131 der Reichsabgabenordnung wieder in Kraft gesetzt werden. Dieser Billigkeitsparagraf steht den Lohnsteuerzahlern ebenso zu wie den Besitzsteuerzahlern. Es gibt daher nur zwei Wege, entweder die Abänderung dieses Paragraphen allgemein für Besitzende und Lohn- und Gehaltsempfänger aufzuheben oder ihn aber bei beiden Kategorien von Steuerpflichtigen gleichmäßig durchzuführen. Gerade die Beseitigung dieser Erstattungen aus Billigkeitsgründen hat zu besonders rigorosen Härten geführt, wie von den Vertretern der Lohn- und Gehaltsempfänger unter Hinweis auf viele Einzelbeispiele nachgewiesen wurde. — Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, daß die Wiedereinführung der Erstattungen aus Billigkeitsgründen einen großen Mehraufwand verursachen und die Gemeinden, insbesondere aber die Finanzierung der Wohlfahrtsunterstützung in neue Schwierigkeiten bringen würde. Er hielt es aber im Augenblick nicht für vertretbar, dieser Forderung zu entsprechen, sagte aber eine nochmalige abschließende Prüfung zu. Eine Sonderregelung soll für diejenigen unständigen Arbeiter angestrebt werden, die nur wenige Tage in der Woche Arbeit haben und Lohnsteuer zahlen müssen, obgleich ihre Löhne die Freibeträge bei der

Lohnsteuer bei weitem nicht erreichen. Nach dem Vorbild des Verfahrens bei den Hamburger Hafenarbeitern soll auch für die anderen unständigen Arbeiter versucht werden, ein Abzugsverfahren durchzuführen, das in Zukunft die Ueberzahlung von Lohnsteuer nach Möglichkeit ausschließt.

Der Kampf um die Wiederherstellung der Erstattungen wird mit aller Energie fortgesetzt. Bei aller Anerkennung der schwierigen finanziellen Lage der Gemeinden muß eine steuerliche Härte beseitigt werden, die in sehr vielen Fällen gerade die Gemeinden zu erhöhten Wohlfahrtsleistungen zwingt.

Gewalttaten der Nationalsozialisten

Aus der Statistik zweier Jahre wurden bisher folgende Terror- und Mordfälle bekannt:

1480 Gewalttaten

mit 62 Toten und etwa 3200 Schwer- und Leichtverletzten als Blutopfer des deutschen Faschismus

Von den Hakenkreuzschlägern wurde bei der verhältnismäßig geringen Strafverfolgung bekannt, daß in 53 Fällen größtenteils kriminell Vorbestrafte die Täter waren, von ihnen 3 über 20mal, 5 über 10mal, 10 über 5mal, 35 ein- und mehrmals. In 32 Fällen hatten die Gewalttaten ausgesprochen unpolitische Motive wie Raub, Eifersucht usw. In 23 Fällen wurden die Ueberfallenen bestohlen. 28mal gingen die Ueberfälle lediglich um Erlangung von Siegestrophäen wie Fahnen, Abzeichen usw. In 3 Fällen wurden angebliche gegnerische Ueberfälle erfunden, um im Ansehen zu steigen, in 2 Fällen, um die SA-Rente zu erlangen. Nachweisbar dienten 5 Gewalttaten der persönlichen Rachebefriedigung, in 5 Fällen wurde die SA zu ausgesprochenen persönlichen Zwecken ihrer Führer eingesetzt. 584mal konnte einwandfrei eine Bewaffnung festgestellt werden, darunter allein 166mal der Besitz von Schusswaffen bis zum Maschinengewehr. 9 Waffenlager wurden ausgehoben, 8mal wurde der Besitz von Sprengstoffen festgestellt. 42mal wurden systematisch sozialdemokratische, 39mal andere Versammlungen gesprengt, 9mal erfolgten Angriffe auf die Referenten. 26mal erfolgten Ueberfälle auf Volks-, Gewerkschafts- und Konsumvereinshäuser, 4mal auf gegnerische Zeitungen, 5mal auf gegnerische Zeitungsverkäufer, 11mal auf Presseberichterstattung und Redakteure. 33mal wurden Ueberfälle auf gegnerische Lokale bekannt. In anderen öffentlichen Wirtschaften wurden 31mal schwere Ausschreitungen begangen, in öffentlichen Verkehrsmitteln 10mal. 106mal wurden schwere Mißhandlungen von Sozialdemokraten, 279mal von Reichsbannerangehörigen, 39mal von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend und 25mal von Arbeitersportlern gemeldet. In 35 Fällen wurden Angehörige bürgerlicher Parteien planmäßig mißhandelt, 26mal ausgesprochene Parteiloose. „Aus Versehen“ wurden „irrtümlicherweise“ 12mal „falsche“ Personen erschlagen oder schwer mißhandelt, 19mal wurden Kinder schwer mißhandelt. 84mal Jugendliche, 30mal Frauen, darunter hochschwängere. In 16 Fällen wurden Greise mißhandelt, 7mal Kriegsbeschädigte und 6mal Kranke und sichtbar Invalide. In teilweise erschütternder Uebermacht griffen die Nationalsozialisten 174mal an. Aus ihren Versammlungen wurden 147 schwere Ausschreitungen gemeldet. In 16 Fällen wurde die Mißhandlung von Diskussionsrednern bekannt. 32mal erfolgten die Ueberfälle auf Kommando. 43mal erfolgten sie von SA-Heimen oder nationalsozialistischen Lokalen aus. 31mal wurden Angriffe auf die Wohnungen Andersdenkender gemacht, darunter 3mal auf ganze Arbeiterwohnblocks. 101mal entstand schwerer Sachschaden. In 3 Fällen erfolgte Brandstiftung, 11mal wurde Tränengas, 10mal Stinkbomben verwendet. 86mal wurden organisierte, bewaffnete Provokations- und Schlägertrupps festgestellt. 56mal wurden Polizeibeamte angegriffen und teilweise mißhandelt, 11mal andere Beamte, 4mal Reichswehrangehörige. Trotz des Mangels an besonderen Meldungen konnten allein 34 planmäßige Verstöße gegen behördliche Anordnungen festgestellt werden. 9mal wurden Friedhöfe geschändet, Totengedenktafeln und Hindenburgbilder zerstört. Nachweisbar erfolgten 19mal ausgesprochen sadistische Exzesse. In 17 Fällen wurde der Vollzug der „Feme“ gegen eigene Parteifreunde bekannt.

Werbeabteilung SPD. Berlin.

**Zeichnet euch ein
in die Eisernen Bücher!**

Ein von der KPD.-Presse „vergessener Lohnraub“

Nur allzuoft begegnet man in der KPD.-Presse den mit fetten Balkenüberschriften versehenen Artikeln über vorgenommenen Lohnraub, bei denen angeblich die „Gewerkschaftsbürokratie“ mit den Unternehmern durch dick und dünn geht. Besonders die auf Grund der 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 erfolgten Lohnkürzungen boten ihr Stoff, die freien Gewerkschaften und ihre Führer zu begeistern. Um so auffälliger ist es, wenn die „Turkestan“ von einem Lohnraub, der sich erst vor kurzem abgespielt hat, weder reden noch in ihrer Presse etwas verlautbaren. Wir fühlen uns deshalb veranlaßt, das von ihnen Versäumte nachzuholen und ihre „Lohnraubliste“ zu ergänzen.

In Hanau war's. Dort, wo erst vor kurzem die „wunderbare Strategie“ und das „Führertalent“ der RGO.-Leute gelegentlich des Streiks bei Quarzlampe und Vakuumerschmelze offenbar wurde, wo alle vordem bestandenen übertariflichen Vergünstigungen für die Arbeiter verloren gingen und 45 bedauernswerte Opfer auf der Strecke blieben. In Hanau ist das Zentrallager des Bezirkskonsumvereins, dessen Geschäftsleitung, Vorstand und Aufsichtsrat waschechte linientreue Kapedisten sind. Hier haben sie die beste Gelegenheit, das, was in echt demagogischer Weise tagtäglich zum Ueberdruß den gutgläubigen Arbeitern an „geistiger“ Kost serviert wird, praktisch ad oculos zu demonstrieren.

Die mit Recht von allen Arbeitnehmern bekämpfte Notverordnung, deren Zustandekommen ja von den Kommunisten ebenfalls dem ADGB und der SPD. angekreidet wird, mußte auch den kommunistischen Geschäftsführern des Hanauer Konsumvereins dazu dienen, erst kapitalistische Methoden anzuwenden, um einen Lohnraub, und zwar einen recht brutalen, an ihren Arbeitern vorzunehmen. Man glaubte recht schlau zu verfahren, wenn man die Verantwortung dafür auf andere Schultern, und zwar auf die der so verlästerten und verhassten freien Gewerkschaften, in diesem Falle des Gesamt-Verbands, dem das Lager- und Fahrpersonal angehört, legt. Ein kapitalistisches Unternehmen ladet zu einer Verhandlung schriftlich unter Nennung des Verhandlungsgegenstandes ein. Die kommunistische Konsumvereinsleitung macht das anders. Sie hält es nicht mit Goethe, daß das, was man schwarz auf weiß besitzt, getrost nach Hause tragen kann, sondern benutzte zur Einladung das amtsverschwiegene Telefon!

Die Gewerkschaft zeigte Verständnis für die arg in Verlegenheit befindliche Geschäftsleitung und leistete der Einladung Folge. Die Verhandlung begann mit der Eröffnung durch den Aufsichtsratsvorsitzenden. Das war aber auch alles, was er zu sagen hatte, kein Wort darüber, weswegen man überhaupt zur Verhandlung eingeladen hatte. Eine lange Pause. Die KPD.-Strategen wagten nicht, das zu sagen, was sie auf ihren angeblich so warm für die Arbeiter schlagenden Herzen hatten, bis das Schweigen durch den Vertreter des Gesamt-Verbandes gebrochen wurde. Man sah es, wie schwer es den unentwegten Klassenkämpfern wurde, einzugestehen, von der Gewerkschaft zu verlangen, ihnen bei dem Lohnraub an ihren Arbeitern Hilfestellung zu leisten. In Anerkennung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens waren sowohl die Gewerkschaft als auch die Belegschaft bereit, eine Senkung der Löhne vorzunehmen und diese um 3,50 Mk. pro Woche zu kürzen. Der Aufsichtsratsvorsitzende lehnte das ab und schlug vor, eine weitere Sitzung abzuhalten und dazu einen Vertreter des Revisionsverbandes aus Heidelberg hinzuzuziehen. Er meinte, „wenn der mit dem Vorschlag einverstanden ist, sind wir gedeckt!“ So ging man ergebnislos auseinander, weil die Führer aller „revolutionären“ Streiks, Magold und Löbig und die anderen Teilnehmer der Verhandlung, die sich scheinbar in der Rolle echt scharfmacherischer Kapitalisten fühlten, auf der Forderung eines zehnprozentigen Lohnraubes bestanden.

Erheitert wirkte, als der Geschäftsführer Schießer auf den Vorschlag des Bezirksleiters, Kollegen Dergens, den Schlichter zur Entscheidung anzurufen, wie elektrifiziert emporfuhr und sagte: „Ja, das möchten Sie wohl, uns vor den Schlichter ziehen!“ Zum 6. Januar 1932 wurde erneut zu einer Lohnraubverhandlung eingeladen. Man mußte nun annehmen, daß der Aufsichtsrat inzwischen den Dreh gefunden hatte, wie er aus der Sackgasse herauskam. Wir waren enttäuscht. Man hatte sich einen „reformistischen Konsumvereinsbonzen“ vom Revisionsverband in Heidelberg kommen lassen, der den „Lohnraub decken“ sollte. Festgehalten muß werden und das mutet recht sonderbar an, daß der Vertreter des Revisionsverbandes über das, was verhandelt werden sollte, nicht im Bilde war und sich erst im Laufe der Verhandlung orientieren mußte. Er kam ebenfalls zu demselben Vor-

schlag, den schon acht Tage vorher die Organisationsvertreter machten, nämlich: Anrufen des Schlichters. Die Strategen der KPD. wollten jedoch auch diesmal dem Aufsichtsrat die Entscheidung überlassen. Dazu sollte es aber auch diesmal nicht kommen. Die revolutionäre Geschäftsleitung hatte scheinbar ihre dünne KPD.-Haut abgestreift und wie echte kapitalistische Unternehmer beim nächsten Jahrtag einfach 10. Proz. von den Löhnen der Arbeiter „geraubt“!

In dieser brutalen Form haben es nicht einmal die Hanauer Kapitalisten gemacht; sie waren wenigstens so klug, ihr Dorkhaben rechtzeitig vorher anzukündigen. Die Belegschaft war über dieses brutale Vorgehen ihrer Klassengenossen begreiflicherweise empört. Sie war nahe daran, das in die Praxis umzusetzen, was ihnen in jeder Nummer ihrer Arbeiterzeitung, in jeder Versammlung gelehrt wird, nämlich: „jeden Pfennig Lohnraub mit dem Streik zu bekämpfen“. Zähneknirschend fügten sich aber doch die Arbeiter, weil sie an dem Beispiel in der Vakuumerschmelze und Quarzlampe nicht mit Unrecht befürchteten, daß sie das Schicksal der 45 irregeleiteten Opfer teilen müßten. Die sogenannte Lohnkommission des Hanauer Konsumvereins, die Löbig, Magold und Müller, tragen die Verantwortung für diese „revolutionäre“ kommunistische Heldentat.

Die Beträge, um die die Hanauer Konsumvereinsproleten von ihren revolutionären „Lohnraubbekämpfern“ erleichtert wurden, sind bei den Lagerarbeitern 5,15 bis 6,50 Mk., bei den Kraftfahrern 5,50 bis 6,70 Mk und bei den Puffrauen 2,65 bis 3 Mk. pro Woche. Das ist eine Senkung des seitherigen Lohnes von 10 bis 12,18 Proz. Damit ist der Lohnstand, wie fast überall, vom 31. August 1925 erreicht.

Die Arbeiter mögen an diesem Beispiel erkennen, daß das sonst losgelassene kommunistische Geschrei über Lohnraub keinen anderen Zweck hat, als Dumme für sich einzufangen. Da, wo Kommunisten als Arbeitgeber auftreten, sind sie genau so brutale Lohnräuber wie die reaktionärsten Kapitalisten. D.

Für die Frauen

Erwiderung auf den Artikel: Stilles Heldentum der Proletarierfrauen

Tränen quollen mir aus den Augen beim Lesen dieses Artikels. Gehöre ich doch selbst als Telegraphenarbeiterehefrau zu jener Sorte, die oft nicht mehr weiß, womit man den täglichen Bedarf begleichen soll. Vier Kinder, für die wir zu sorgen haben, sind da. Kinder in dem Alter, wo der Appetit am stärksten ist. Und ich kann ihnen nicht genug Brot geben. Wovon soll ich's kaufen? Mit der einen Mark, die mir noch für die Woche bleibt, nachdem ich am Sonnabend das Wohnungsgeld, die Milch, die Zeitung und was so alles daherkommt, bezahlt habe? Einige Mark, die mir noch bleiben könnten, muß ich beim Kaufmann für Schulden bezahlen, die unter der Woche entstanden sind. Mir möchten oft die Sinne schwinden, wenn die Kinder bei ihrem Kaffee sitzen und wenn immer wieder der Ruf ertönt: „Mutter, bekommen wir noch Brot?“ Ja, Mutter sein ist heute schwer und ich denke mir oft, wie gut wäre es doch, wenn man von der Bildfläche, die doch nur graue Not in sich birgt, verschwinden könnte. Und dabei gehört man zu den beneideten Menschen, die Arbeit haben. Ja, man muß alles voll bezahlen, eben weil man Arbeit hat, der Lohn aber nicht hin noch her reicht. Und vier Kinder dazu. Mir graut heute schon vor Ostern, denn ein Kind kommt in die Schule und eins zur Kommunion. Was das für eine Mutter, deren Gelbbeutel leer ist, bedeutet, wird vielleicht gar mancher selbst empfinden können. Hätte man nur die Hoffnung, daß es nicht immer so sein wird, ich würde mit neuer Kraft an mein finanzielles Tagewerk gehen, denn ich fühle, daß ich es nicht immer fertig bringen werde, dem Mann, wenn er müde heim kommt, eine lächelnde, sorgenlose Maske zu zeigen. — Ich muß immer an den Traum denken, den ich kürzlich hatte. Ich wollte nämlich einen Berg ersteigen, stürzte jedoch immer ab. Und so oft ich es wiederholte, immer das gleiche. Und genau so ist es mit den Arbeitern. Wenn sie sich einigermaßen freuen könnten, etwas auf der Höhe zu sein, so werden sie wieder zurückgestürzt. Die Kraft der Gewerkschaft ist der einzige Trost in diesem Elend, sonst wäre es noch schlimmer.

Marie Sonnenbichler, Traunstein.

Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 6

Berlin, den 13. Februar 1932

3. Jahrgang

Kämmereiarbeiter, kämpft um euren Arbeitsplatz!

Die großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit machen vor den Kämmeriebetrieben keinen Halt. Seit Monaten versuchen die bürgerlichen Parteien in den Rathhäusern, unterstützt von Verwaltungsorganen und einzelnen Landesregierungen, Kämmeriebetriebe in die Hand von Privatunternehmern zu überführen. Nicht mehr das Wohl der Allgemeinheit, sondern private Gewinnerzielung soll Zweck der Wirtschaftsführung sein. Was in jahrzehntelanger Arbeit, insbesondere auch nach der Staatsumwälzung, durch die politische Arbeitervertretung in den Kommunen geschaffen worden ist, soll wieder vernichtet werden.

Die Kämmeriearbeiter haben es dank einer guten Organisation unter schwerem Ringen verstanden, in den Gemeindebetrieben einigermaßen erträgliche Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Kollegen, denkt ihr noch an die unmenschlich langen Arbeitszeiten, an die Rechtlosigkeit und den militärischen Drill, an den ungenügenden Schutz gegen Witterungsunbilden und Schmutzarbeit? Denkt ihr noch an die Zeit, wo es keinen Tarifvertrag und keinen Ruhelohn gab; als man unsere Löhne durch Mitbeschäftigung von sogenannten Ortsarmen, Invaliden und Unfallbeschädigten weit unter das Niveau der Privatindustrie herabdrückte?

Parallel mit den Entkommunalisierungsforderungen der Kapitalisten geht das Bestreben der Verwaltungen, Betriebsleitungen und Arbeitgeberverbände auf Verschlechterung der sozialen Einrichtungen und auf rigorosen Abbau der Löhne. Nicht genug damit! Zehntausende von Kämmeriearbeitern hat man in den letzten Jahren auf das Straßenpflaster geworfen. An ihrer Stelle werden billigere Fürsorgepflicht-, Notstands- und Wohlfahrtsarbeiter beschäftigt. So hat man den Lohndruck in unsere Arbeitsstätten selbst hineingelegt. So sind Lohnhöhe, soziale Einrichtung und der Arbeitsplatz ständig von allen Seiten bedroht.

Die Krise des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems hat sich mit ihrem gewaltigen Druck auch auf die Kämmeriebetriebe und die Kämmeriearbeiter gewälzt. Die Not in den öffentlichen Haushalten, bedingt durch ungerechte Verteilung des öffentlichen Einkommens und die Abwälzung ungeheurer Unterstützungslasten auf die Gemeinden, veranlassen selbst fortschrittlich gefinnte Verwaltungen zu Maßnahmen, die sich gegen die Kämmeriearbeiter in erster Linie richten.

Wo Privatunternehmertum und politische Reaktion die Hände nach Kämmeriebetrieben ausstrecken, hat sie die Organisation der Gemeindearbeiter zurückgeschlagen. Dabei wurde sie wirksam unterstützt von den sozialdemokratischen Fraktionen in den Parlamenten der Gemeinden und Kommunalverbände. Mancher Fuhrpark, mancher Müllabfuhr- und Straßenreinigungsbetrieb, tausende Kilometer Stadt- und Landstraßenbau und -unterhaltung, große und kleine Betriebe der Ernährungswirtschaft, Arbeitsstellen in Rat- und Schulhäusern und andere Kämmeriebetriebe wären längst zum Ausbeutungsobjekt privater Gewinnjagd ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl und das der Kämmeriearbeiter geworden, wenn unser Gesamt-Verband nicht zur Stelle gewesen wäre.

Von den in den deutschen Kommunen im Jahre 1930 insgesamt beschäftigten Kämmeriearbeitern waren rund

86 000 unserer Reichsfachgruppe Kämmeriebetriebe angeschlossen.

Dieser gewerkschaftlichen Macht ist es allein zu verdanken, daß wir trotz der Not der Zeit uns bis zur Stunde behaupten konnten.

Im Jahre 1931, dem Jahr der Notverordnungen, haben die Kämmeriearbeiter ihre Organisation intakt gehalten. Im Zeichen eines tariflichen Ausnahmerechts gegen uns und die

übrigen Gemeindearbeiter ist es uns trotz aller Feinde, auch der Gegner in der eigenen Klasse, gelungen, manches Prozent Lohnabbau abzuwehren. Sonst wäre der Lohnverlust noch größer. Tausende von Entlassungen haben wir durch Arbeitszeiterkürzungen verhindert. Sicherlich auch ein Opfer, aber gebracht aus echter Solidarität, nicht zulezt, um den eigenen Arbeitsplatz zu sichern. Die Rationalisierung in den Gemeindebetrieben hat gebieterisch die Arbeitszeiterkürzung gefordert. Wir stellen uns ihr nicht entgegen, fordern aber,

daß der Reallohn erhalten bleibt.

Das ist unsere große Aufgabe in der Krisenzeit: den Betrieb und in ihm jeden Arbeitsplatz zu verteidigen. Zehntausend Funktionäre in Kämmeriebetrieben, Arbeiter- und Betriebsräte, Unfallvertrauensleute, Beitragskassierer, Obleute und Vertrauensmänner, alte und junge Kämpfer haben neben allen Opfern der Zeit, das große Opfer ihrer Person im Kampf für den Arbeitsplatz und die Rechte der Kämmeriearbeiter gebracht. Mit großem Elan und Kampfesmut sind wir in das Jahr der großen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, das Jahr 1932, hineingegangen. Hunderte von Kämmeriearbeitern sind im letzten Jahrzehnt durch die Bildungsschule unseres Verbandes gegangen, dort haben sie das geistige Rüstzeug für die schwere Aufgabe in den Betrieben bekommen. Sie gehören in diesen schweren Monaten mit in die erste Front.

In wenigen Monaten laufen unsere Mantel- und Lohn-tarifverträge ab. Von neuem stehen wir vor der großen Aufgabe, Tarifrecht und Tariflohn gegen die Schar unserer Feinde zu verteidigen. Nicht die Wilden, die Gelben oder die RGO. können diesen großen Kampf organisieren und führen; unser Gesamt-Verband wird dem organisierten Arbeitgebertum seine Kampffront entgegenstellen.

Drei Monate trennen uns von den großen Entscheidungen in den Lohn- und Tariffragen. Wer jetzt beiseite steht oder beiseite tritt, hat die Zeichen der Zeit nicht begriffen. Er wird damit zum Verräter an seiner eigenen Sache. Jeder muß mitkämpfen und zu Opfern für seine Organisation bereit sein! Ballt die Faust gegen alle Widersacher! Zu großen Taten sind wir nur fähig, wenn wir geschlossen in unserer Organisation zusammenstehen. Wir lassen unsere Betriebe nicht verhöckern,

wir dulden keinen Rückfall in die Privatwirtschaft!

Wir müssen weiter, zum Ausbau der kommunalen Wirtschaft. Wir verteidigen durch die Gewerkschaft unseren Tarifvertrag und unsere Tariflöhne, die niemand anders als die Gewerkschaft uns erkämpft hat. Worte und Resolutionen haben wir von den Gegnern der Gewerkschaft genug gehört, aber keine erfolgreichen Taten gesehen. Diese sind nur in Angriff und Abwehr für die deutschen Kämmeriearbeiter zu erreichen durch die gewerkschaftliche Organisation. Diese Erkenntnis muß auch in dieser schweren Zeit ständig in uns lebendig bleiben.

Die neue Zeit, die neuen Verhältnisse, die in dieser großen Wirtschaftskrise geboren werden, werden sich gut oder schlecht für uns gestalten, je nachdem wir stark und opferwillig oder schwach und kampfunfähig sind.

Darum, Kolleginnen und Kollegen, reißt euch ein in unsere Kampffront, rüttelt auf die Launen und Verzweifelten, kämpft um euren Arbeitsplatz, verteidigt eure Rechte!

Reichsfachgruppe Kämmeriebetriebe,
Georg Reuter.

Diktatur im Kölner Zoo

Ein gewerkschaftsfeindlicher Direktor — Tiergeschichten vor dem Arbeits- und Landesarbeitsgericht
Ein Sieg der Gewerkschaft

Fernab von der geräuschvollen Kölner City liegt fast dicht am Rhein im Dorort Riehl der Kölner Zoologische Garten. Im Gegensatz zu den Zoogärten in anderen Städten ist er kein Kommunalbetrieb, sondern ein privatwirtschaftliches Unternehmen, das sich Zoo A.G. nennt. Jedoch hat bisher die Aktiengesellschaft nur gemeinnützige Zwecke verfolgt und nie Dividende verteilt. Im Aufsichtsrat sitzen jedoch bekannte rheinische Finanzleute und Industriekapitalisten.

Man sollte meinen, daß sich unter einem solch prominenten Aufsichtsrat das privatkapitalistische System unbedingt bewähren würde, weil ja die öffentliche Hand nach schwerindustrieller Auffassung nur eine „tote Hand“ ist. Leider ist aber das Gegenteil der Fall. Anstatt Einnahme und Ausgabe im Laufe der Jahrzehnte auszugleichen, hat man eine unerhörte Mißwirtschaft getrieben. Kassenmanko und ähnliche Schuldenlöcher wurden einfach mit neugeliehenen Hypotheken zugestopft. Da aber allmählich die Grenze des Borgens erreicht wurde, gibt es heute keine neuen Leihgelder mehr. Dafür sollen aber an Zinsverpflichtungen etwa 600 000 Mk. vorhanden sein! Die direkten Einnahmen und Ausgaben stehen noch immer in einem gewaltigen Mißverhältnis. Während die Einnahme des Tiergartens 1931 rund 32 000 Mk. betrug, hatte man Ausgaben von rund 77 000 Mk. Es klappt also hier eine weite Spalte von 45 000 Mk. Fehlbetrag.

Vor drei Jahren wurde die frühere Leitung des Kölner Zoo abgelöst. An dessen Stelle trat dann der jetzige Leiter, Dr. Häuchecörne, ein geistiger Sohn des berühmten Tierzüchters Heck vom Berliner Zoo. Er suchte nun mit starker Hand und zähem Willen alle Schwierigkeiten zu meistern. Die Futtermittelversorgung wurde rationalisiert und erheblich verbilligt. Mit überflüssigem Tierwachstum machte man durch Verkauf gute Geschäfte. Eine gesteigerte Zoowerbung brachte mehr Besucher und bessere Einnahmen. Die so erreichten Ersparnisse betrugen 130 000 Mk.

Mit dieser anerkennenswerten Leistung, der eine Neugestaltung der Gartenanlage parallel lief, könnte die Öffentlichkeit sehr zufrieden sein. Aber bald verließ der tatkräftige Direktor sein zoologisches Wirtschaftsgebiet, um auch einmal

bei dem Personal seinen Sparsinn zu versuchen.

Vor allem wollte er die „alte Bande“, wie er die langgedienten Tierpfleger bezeichnete, durch jüngere, viel billigere Arbeitskräfte ersetzen. Von 17 versuchsweise eingestellten Leuten behielt er sechs als geeignet. Dafür wurden dann acht der ältesten und erfahrensten Tierpfleger entlassen. Davon waren die meisten schon mehrere Jahrzehnte, einer 42 Jahre, also ein ganzes Menschenalter im Zoo tätig. Nun wurden sie als unbrauchbare Arbeitskraft ohne einen Pfennig Entschädigung einfach aufs Pflaster geworfen und ihre einzige Existenzmöglichkeit einfach vernichtet. Was aber besonders empörte, war die Tatsache, daß sich der Zoodirektor gerade die organisierten Angestellten als Schlachtopfer aussuchte. Natürlich griff jetzt der Gesamt-Verband ein, um die wohl-erworbenen Rechte ihrer Mitglieder zu wahren.

In der nun folgenden Arbeitsgerichtsverhandlung verlangte der Gewerkschaftssekretär Wiedereinstellung der Entlassenen oder Zahlung von Schadenersatz. Leider ließ sich aber die erste Instanz durch einen „Sachverständigen“ bluffen, der erst vor einem Jahre in den Kölner Zoo als Lehrling und Volontär eintrat. Er erhielt kein Entgelt und wurde in den verschiedenen Revieren von den Tierwärtern angeleitet. Bis zum 28. Lebensjahre war er Orgelbauer. Erst dann entdeckte er sein Talent für Tierpflege. Nachdem er im Göttinger Universitätslaboratorium die Impfung von Kaninchen und Meerschweinchen studiert hatte, wurde er „wissenschaftlicher Zoologe“. Als solcher erlaubte er sich dann nach kaum einjähriger praktischer Hilfstätigkeit ein vernichtendes Urteil über die seit mehr als 40 Jahren beschäftigten Tierpfleger. Besonders wies er darauf hin, daß die Tierpfleger ihren Beruf vollständig verfehlt hätten. Darauf entschied das Gericht:

„Die katastrophale finanzielle Lage des Zoologischen Gartens gebietet äußerste Sparsamkeit. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Kläger nicht so auf der Höhe sind, wie dies bei den schlechten Verhältnissen um so mehr erforderlich ist. Es bedeutet gewiß eine große Härte, wenn Leute, die 30, 40 und 50 Jahre in einem Betriebe tätig sind, entlassen werden. Aber im vorliegenden Falle kann diese große Härte nicht als unbillig betrachtet werden.“

Mit Recht legte der Gesamt-Verband gegen diese Entscheidung Berufung ein, die am 3. Februar zur ausführlichen Verhandlung kam. Hierbei wurde die gewerkschaftsfeindliche Einstellung der Zooleitung nochmals deutlich illustriert.

Schon vor drei Jahren versuchte der gegenwärtige Direktor (nach Ausführungen des den Prozeß führenden Kollegen Warzecha) die tariflichen Bestimmungen zu übergehen und ohne Verhandlung mit dem Betriebsrat in der Arbeitszeitfrage willkürliche, selbstherrliche Änderungen zu treffen. Als nun der Verband die Interessen der Belegschaft zu wahren versuchte, kündigte der Direktor kurzerhand den Tarifvertrag. Gleichzeitig gab er dem gesamten Personal die Kündigung. Unter diesem Druck der Entlassung wurden dann Einzelarbeitsverträge abgeschlossen, die die Mitwirkung der Gewerkschaftsbewegung an der Regelung der Arbeitsverhältnisse ausschließen sollte. Als Herr im Hause glaubte der Direktor nach Belieben und diktatorisch verfügen zu können.

In der weiteren Verhandlung bestritt die Zooleitung, daß die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft der Entlassungsgrund sei. Eine Verletzung des Betriebsrätegesetzes könne man nicht nachweisen. Die Neueingestellten hätten alle bessere Vorkenntnisse und auch Liebe für die Tiere. Aber die Entlassenen seien vollkommen unfähig gewesen. Der erste sei vor jungen harmlosen Tigern fortgelaufen, weil er verheiratet wäre. Der zweite habe den Kamelstall vernachlässigt. Ein Dromedar sei wahrscheinlich an Futtervergiftung gestorben, während ein Kamel zur Karikatur entartet und ohne Höcker gewesen wäre. Der dritte hätte sich für die Bären und Wölfe als viel zu langsam und träge erwiesen. Der vierte wäre kurzichtig, der fünfte Kläger hätte die Räude bei Eseln und Pferden verschuldet, während der sechste als Büffelpfleger schwerhörig und zu alt sei.

Die so in ihren Fähigkeiten herabgesetzten Kollegen wehrten sich aber gegen diese Unterstellungen sehr kräftig und mit berechtigter Empörung. Jahrzehntelang habe man ihnen in dieser Hinsicht nicht den leisesten Vorwurf gemacht. Erst jetzt nach vierzig Jahren seien sie plötzlich alle faul und minderwertig. Der Tierpfleger hatte zwölf Jahre die schlimmsten Bestien ohne den geringsten Unfall behandelt. Wenn er beim Ein- und Ausladen von Jungtieren eine gewisse Vorsicht zeigte, so ist dies nicht nur menschlich verständlich, sondern sogar gesetzliche Pflicht eines jeden Tierwärters. Denn die Vorschriften der Unfallberufsgenossenschaft verlangen eine solche Bedachtsamkeit, um Kratz- und Bißwunden und damit Blutvergiftung vorzubeugen. Dies selbstverständliche Verhalten als Unfähigkeit hinzustellen, zeigte, wie man „Entlassungsgründe“ an den Haaren herbeizog.

Fast ähnlich stand es bei den anderen Kollegen. Sie alle konnten ganz andere Ursachen für die Uebelstände nachweisen, die nicht sie, sondern teils die Leitung, teils die Natur der Tiere belasteten. Das Dromedar starb nicht wegen mangelhafter Pflege, sondern an Bauchfellentzündung. Der „kurzichtig“ war jahrelang an der Kasse und konnte zehntausende Mark Kleingeld einnehmen und unterscheiden. Der Pferdepfleger war fast den ganzen Tag als Kutscher unterwegs und hatte keine Zeit für Tierpflege, die dann von Arbeitslosen besorgt wurde. Schließlich hatte die Gewerkschaft trotz aller Autokratie des Zooleiters für die finanziellen Nöte der Arbeiter Autokratie und Lohnkürzungen mit Arbeitszeitstreckungen vorgeschlagen, damit die Leute nicht völlig auf die Straße kamen. Aber davon wollte der Zoogewaltige nichts wissen.

Nach diesen langen Ausführungen der Parteien nahm das Gericht eine Beratung vor. Dessen Ergebnis war, daß in einem Falle die Berufung sofort zurückgewiesen wurde, weil hier der Kläger inzwischen Invalidenrente erhielt. In den anderen Fällen empfahl der Richter dringend einen Vergleich, da hier tatsächlich eine unbillige Härte vorliege. Außerdem schade die ganze Angelegenheit sehr dem Ansehen des Zoo. Eine solche Personalbehandlung werde von den Massen des Publikums kaum verstanden. Er halte darum in den einzelnen Fällen eine Entschädigung von je 250 Mk. für sehr angebracht, während man einem Betriebsratsmitglied 400 Mk. zubilligen müsse. Nach längerer Ueberlegung einigten sich beide Parteien auf dieser Basis. Damit hat die gewerkschaftliche Organisation das alte Urteil zerrissen und

für die beteiligten Kollegen rund 2000 Mk. Entschädigung herausgeholt!

Ein schöner Erfolg! Trotz kommunistischen und faschistischen Geschreis sollten alle Werktätigen treu und unverzagt zur Gewerkschaft halten. Sie arbeiten nicht mit „revolutionärem“ Maulwerk, sondern leisten praktische, materielle reiche Arbeit für die Massen des Volkes. Schmitzian.

RGÖ.-Kampf gegen die Ruheohnordnung in Düsseldorf

Nachdem es nicht gelungen ist, in Belegschaftsversammlungen Beschlüsse durchzusetzen, die die Aufhebung der Ruheohnordnung fordern, versucht man es dadurch, daß man die Kollegen einzeln bewegt, Anträge auf Zurückzahlung der Ruheohnbeiträge zu stellen. Besonders rege wird diese Propaganda im Düsseldorfer Fuhrpark und Wegebau betrieben. Mündlich und schriftlich sind derartige Anträge bereits gestellt worden. Der Betriebsratsvorsitzende der RGÖ. vom städtischen Fuhrpark ist offiziell dieserhalb bei der Direktion des Fuhrparks vorstellig geworden. In einer vorliegenden Antwort, die die Verwaltung auf einen schriftlich eingereichten Antrag gegeben hat, heißt es:

„Die Ruheohnordnung bildet einen Bestandteil des Tarifvertrages, dessen Vorschriften unabhängig sind. Es ist daher nicht möglich, einen Arbeitnehmer von der Mitgliedschaft zur Ruheohnkasse zu befreien.“

Die Verwaltung erklärt demnach, daß es ihr nicht möglich sei, die Arbeitnehmer von der Mitgliedschaft zur Ruheohnkasse zu befreien; sie sagt also, daß sie grundsätzlich dazu bereit wäre und würde es mit Freuden begrüßen, wenn ihr eine solche Möglichkeit geboten würde. — In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß ja auch der Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden die Ruheohnordnung zum 1. März 1932 gekündigt hat. Die RGÖ. arbeitet also mit dem Arbeitgeberverband hand in Hand.

Selbst wenn man die Beiträge zurückzahlen wollte (die übrigens nur zu 80 Proz. gezahlt würden), ist diese Summe im einzelnen so gering, daß der betreffende Kollege nur für ganz kurze Zeit eine kaum nennenswerte Erleichterung seiner augenblicklichen schwierigen Lage bekäme. Wenn man das Interesse der gesamten städtischen Arbeiter will, darf man sich zu solch unklugem Handeln nicht hinreißen lassen.

Wie sich die Ruheohnordnung für die städtischen Arbeiter Düsseldorfs auswirkt, geht aus folgendem hervor. Es waren vorhanden:

	1929	1930
Ruhegeldempfänger	359	416
Witwengeldempfänger	251	282
Waisengeldempfänger	52	59

An Ruheohn, Witwen- und Waisengeld und Krankenkassenbeiträgen für die Rentenempfänger wurden insgesamt gezahlt 1929: 536 325,10 Mk., 1930: 652 560,72 Mk. Von diesen Summen kamen ein durch Beiträge der städtischen Arbeiter im Jahre 1929: 146 627,08 Mk., 1930: 154 447,68 Mk. Zuschuß der Stadtverwaltung 1929: 389 698,02 Mk., 1930: 498 112,84 Mk. Demnach brachte die Stadtverwaltung 1929: 72,6 Proz. und 1930: 76,92 Proz. der gesamten Rentensumme auf.

Wenn diese Zahlen in diesem Zusammenhange hervorgekehrt werden, so deshalb, weil bei der Agitation der RGÖ. dauernd behauptet wird, daß die Ruheohnordnung für die städtischen Arbeiter nichts bedeute und die Beitragsleistung deshalb eine Ausbeutung der städtischen Arbeiter darstelle.

Was würde eintreten, wenn durch die unverständliche Propaganda der RGÖ. auf Rückzahlung der Beiträge die Ruheohnkasse beseitigt würde?

1. Man würde der Stadtverwaltung die Möglichkeit geben, die oben angeführten Zuschußsummen zu sparen.

2. Es würde den 757 Rentenempfängern des Jahres 1930 die Rente entzogen werden.

3. Den zehn Jahre und länger beschäftigten Arbeitern, denen durch die Ruheohnordnung ein besonderer Kündigungsschutz gewährt ist, würde dieser entzogen.

5. Alle Pensionäre und diejenigen, die es noch werden wollen, würden verpflichtet, ihre Krankenkassenbeiträge selbst zu zahlen. Das wäre in den meisten Fällen nicht möglich, so daß die Mitgliedschaft zur Krankenkasse aufgehoben würde.

5. Eine große Zahl von städtischen Arbeitern ist bisher deshalb von der Entlassung verschont geblieben, weil die Organisation unter Berufung auf die Ruheohnordnung zuerst die Pensionierung der ruhegeldberechtigten städtischen Arbeiter forderte, bevor man zu Entlassungen schreiten wollte. Würde die Ruheohnordnung aufgehoben, so würde das für die Folge bedeuten, daß Entlassungen von städtischen Arbeitern in verstärktem Maße eintreten würde.

Es ist nicht zu glauben, daß ein mit gesundem Menschenverstand ausgerüsteter Gemeindegewerkschafter dieses will, und es ist höchste Zeit, daß unsere Kollegen diesem unsinnigen Treiben mehr als bisher entgegenzutreten, damit den RGÖ.-Strategen das Handwerk gelegt wird.

GAS • ELEKTRIZITÄT • WASSER

Berlin. Den Auftakt für die Eiserne Front in den städtischen Werken gab am 1. Februar eine stark besuchte Kundgebung der Gas- und Wasserwerksarbeiter in den Germania-Sälen. Von stürmischem Applaus begrüßt, zog unter den Klängen des Tambourkorps des Webdinger Reichsbanners, mit dem Banner der Belegschaft der Gaswerke voran und von roten Sturmflaggen flankiert, die neugebildete Hammerstaffel der Gasarbeiter in den großen Saal. Der Neuköllner Sängerkorps intonierte einige Kampflieder, worauf ein junger Genosse markig und wirkungsvoll den Dankspruch: „Seid wach und regsam“ rezitierte. Dann trat, lebhaft begrüßt, Kultusminister Genosse Grimme an das Rednerpult. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Berliner Gas- und Wasserwerksarbeiter einem Mitgliede der preussischen Staatsregierung, die jetzt im Brennpunkte des politischen Kampfes steht, das Wort erteilt. Er verglich den schwer wirtschaftskranken Volkskörper mit einem schwerkranken Menschen, der in seiner Leibesnot anstatt zu einem tüchtigen Arzt zum „Wunderdoktor“ läuft. Große Teile des Volkes sind jetzt, infolge der großen Wirtschaftsnöte im Begriff, zu dem politischen Weissenberg Adolf Hitler zu gehen. In längeren Ausführungen setzte der Redner auseinander, an Hand von Aussprüchen, Aufzeichnungen und sogenannten Programmpunkten der Hitlerpartei und ihrer Führer, in welche barbarischen und mittelalterlichen Zustände Deutschland zurücksinken würde, wenn die Propagandisten des Köpferollens, der langen Messer und der Hanfstricke zur Macht kämen. Genosse Grimme schloß seine Rede: „Ich begrüße die Eiserne Front als eine der wichtigsten machtpolitischen Tatsachen der Gegenwart; sie bietet die beste Gewähr für die Aufrechterhaltung des inneren und äußeren Friedens.“ Nach dem stürmischem Applaus der Versammlung für den Redner trug der Sängerkorps noch einige Lieder vor. Dann fand die begeisterte Kundgebung für Freiheit, Recht und Sozialismus unter dem gemeinsamen Gesang: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ ihr Ende.

RUNDSCHAU

100 Kilogramm Kaffee = 36 Kubikmeter Gas. Aus neuesten Meldungen über den Kampf der Regierung Brasiliens gegen den Kaffeeüberschuß stellen wir folgendes Bukett zusammen: Die Stadtverwaltung Santos hat beschlossen, 1 Million Sack Kaffee als Brennmaterial in den städtischen Gaswerken zu verheizen. — Der brasilianischen Regierung ist abermals ein Verfahren für Umwandlung von Kaffee in Gas vorgelegt worden. Nach dem Verfahren sollen aus je 100 Kilogramm Kaffee 36 Kubikmeter Gas produziert werden. — Die Finanzierung der brasilianischen Kaffeeverbrennung im großen ist gesichert. Die Bank von Brasilien hat dem Nationalen Kaffeerat einen Kredit von insgesamt 600 000 Contos zu diesem Zwecke eingeräumt. Davon dienen 400 000 Contos zur Bezahlung der inneren Kaffeeverträge, 100 000 Contos für Kauf und Bezahlung der neuen Ernte 1931/32 und 100 000 für Stützungskäufe in Ausfuhrhäfen. — Der brasilianischen Regierung wurde ein Plan unterbreitet, wonach 400 Millionen Kaffeebäume, die durch den Kaffeekäfer mehr oder weniger beschädigt sind, vernichtet werden sollen. Den Pflanzern wird für diesen Schaden Entschädigung gewährt. Da der Gesamtbestand an Kaffeebäumen auf etwa 1 1/2 Milliarden geschätzt wird, so muß die Vernichtung von 400 Millionen Bäumen zu einem erheblichen Rückgang der Produktion führen. — Die Stätte der Massenvernichtung von Kaffee ist der einige Kilometer von Santos entfernte Ort Alemao. Der Kaffee wird dorthin in langen Güterzügen, von denen jeder Waggon 450 Sack faßt, transportiert. Er wird dann in einer Länge von 1 1/2 Kilometer rechts und links von der Eisenbahnlinie aufgeschüttet, und zwar in einer Breite von acht Metern an jeder Seite. Wie die Praxis in Brasilien gezeigt hat, verbrennt Kaffee ohne Hinzutun irgendwelcher Brennstoffe, entwickelt beim Verbrennen verhältnismäßig wenig Qualm und hinterläßt nur wenig Aschenreste. — Kein Wort ist notwendig, um die aufreizende Tatsache näher zu kennzeichnen, daß diese Vernichtung eines hervorragenden Genussmittels bei größtem Verbrauchermangel möglich ist. — Die kapitalistische Welt ist wirklich eine fein „organisierte“ Wirtschaft. Millionen Zentner Kaffee verbrennt man wie Kohle, um damit die Retorten und Kammeröfen der Gaswerke zu heizen, und Millionen Kaffeebäume werden umgehauen, weil das kaffeereiche Land Brasilien sonst nicht weiß, was es mit dem großen Segen anfangen soll. Auf der anderen Seite aber müssen Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter sich mit elendester Sichelbrühe behelfen, weil die kapitalistische Wirtschaft ihnen den Kaffee für Trinkzwecke durch unbezahlbare Preise vorenthält. Diese Wirtschaft soll aber durch die bessere sozialistische nicht ersetzt werden. So will es der Kapitalismus und so wollen es die Nazis, die sich trotzdem Sozialisten nennen.

GÄRTNEREI · PARK · FRIEDHOF

Notgemeinschaft des deutschen Gartenbaues?

Mit einem gewissen und verständlichen Erstaunen wird so mancher Berufsgenosse die Kunde vernommen haben, daß neben den verschiedensten Gemeinschaften, von der wirtschaftlichen und geistigen Not unserer Tage geboren, auch eine „Notgemeinschaft des deutschen Gartenbaues“ das Licht der Welt erblickt hat, die alle bisher meist stark gegensätzlichen Organisationen der Gärtnerei umfaßt, um sie zur Linderung schlimmster Berufsnot, aber auch zur dringend erforderlichen Abwehr falscher Krisenmaßnahmen und zum Einschlagen richtiger, aus vermeidbarer Not herausführenden Wege zusammenzufassen. Da im besonderen die gärtnerischen Arbeitnehmer stärkstem wirtschaftlichen Druck und tiefster seelischer Not ausgesetzt sind, hielt die Reichsfachgruppenleitung es für geboten, sich in diese Notgemeinschaft einzugliedern, um auch auf diese Weise um Nothilfe besorgt und auf geeignete wirksame Maßnahmen bedacht zu sein. In Kenntnis der bisher nicht zu überbrückenden Gegnerschaft der verschiedenen Verbände untereinander, die nicht nur als natürlich bedingte Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich zeigen, waren allerdings unsere Erwartungen nicht allzu große. Aber wir sind in der christlichen Bereitschaft, Trennendes zurückzustellen, mitgegangen, um Milderung und Ueberwindung gemeinsamer Not in möglichst gesteigerter Wirksamkeit durchzusetzen.

Eine gemeinsame Kundgebung wurde als erste Maßnahme beschlossen. Alle Beteiligten waren sich wohl darüber klar, daß sie eine Feuerprobe für die Notgemeinschaft sein würde. Sie sollte die gemeinsame Not und den gemeinsamen Willen zu deren Ueberwindung bekunden und natürlich zur Unterstützung durch Regierung, Behörden, Presse und weiteste Öffentlichkeit auffordern. Ein klares und einwandfreies Programm. — Um es ehrlich zu erfüllen und durchzuführen, schien nichts besser geeignet, als durch nur einen über den Parteien stehenden, natürlich aber auch sachkundigen Redner vortragen zu lassen, was alle in ihrer Not bedrückt. Die Wahl fiel auf Herrn Prof. Maurer, Dahlem, trotzdem von unserer Seite Bedenken wegen seiner bekannten extrempolitischen Einstellung geltend gemacht wurden. Von seiner Klugheit wurde erwartet, daß er bei der Behandlung der vorwiegend wirtschaftlichen Probleme zugespitzt politische Erörterungen würde unterlassen können. Außerdem wurde eine vorherige Aussprache mit ihm im eingesetzten Arbeitsausschuß vorgesehen. Diese hat stattgefunden, und in mehr als dreistündiger Debatte sind Herrn Maurer, vornehmlich von unserer Seite, die verschiedensten Einwendungen gegen seine Vortragsdispositionen eingehend begründet worden, wobei wir bezeichnenderweise oftmals die Zustimmung von Arbeitgebervertretern gefunden haben.

So schien alle Gewähr dafür gegeben, daß in der Kundgebung das wirklich Gemeinsame betont, das Trennende hintangestellt werden würde. Doch Herr Maurer hat weder das in dieser Beziehung in ihn gesetzte Vertrauen erfüllt, noch die von ihm gerühmte Klugheit bewiesen; er hat sich vielmehr in seinen extrem rechts eingestellten politischen Auffassungen nicht zu beherrschten vermoht. Anscheinend hat er geglaubt, mit Dialektik den Ton, der bekanntlich die Musik macht, genügend so zu meistern, daß er nur für seine Ohren vernehmbar klinge. Doch er ist nicht der Meister, der er zu sein glaubte, er war unglaublich unsicher in seinen mehr politischen als wirtschaftlichen Erörterungen. Die von ihm erhobenen Forderungen zur Zollpolitik gingen sogar weit über diejenigen hinaus, die der Reichsverband erhebt, ihre Begründung nahm einen so ungebührlich weiten Raum in seinem Vortrage ein, daß die Notlage und die Forderungen der Beamten und des Personals in allen Gruppen der Gärtnerei recht kurz weggamen, zumal hier die Wärme der Rede starken Temperaturschwankungen unterworfen war. Mehrere persönliche kritische Redensarten flossen hier ein, die vorher anzudeuten Herr Maurer wohlweislich unterlassen hatte.

Es kann und braucht schließlich auch nicht ausführlich auf den Vortrag eingegangen zu werden; aber es erscheint notwendig, zu erklären, daß unsere Reichsfachgruppe der Geschäftsstelle der Notgemeinschaft bereits angezeigt hat, daß sie ihre Mitarbeit in der Notgemeinschaft einzustellen sich veranlaßt sieht. Es wird u. a. zum Ausdruck gebracht:

Die Rede des Herrn Maurer ist zwar nicht auf das Konto der Notgemeinschaft zu schreiben; aber die Tatsache, daß schon bei

dem ersten Versuch, als Notgemeinschaft vor die Öffentlichkeit zu treten, solche unüberbrückbaren Schwierigkeiten sich zeigten, beweist die Unmöglichkeit fruchtbarer Arbeit in diesem Rahmen. Damit soll nicht gesagt sein, daß gemeinsame Aktionen überhaupt nicht möglich sind. Sie können bei besonderen Anlässen möglich und zweckmäßig sein, wobei wir uns unsere Entscheidungen natürlich von Fall zu Fall vorbehalten.

Blumengeschäfte

Zwangweise Herabsetzung des Mindestlohntarifs. Eine Hoffnung auf Gerechtigkeits- und Menschlichkeitsempfinden muß wieder einmal zu Grabe getragen werden. Der im Streit um eine Herabsetzung des kaum abgeschlossenen Mindestlohntarifs für Blumengeschäfte vom Reichsarbeitsminister eingesetzte Sonderlichter Dr. Wiesel, Weimar, hat in ganz einseitiger Weise die Begründung der Arbeitgeber sich ganz zu eigen gemacht, obwohl sie in der Notverordnung keine Stütze findet, dagegen die ganz erheblichen zuungunsten der Arbeitnehmer sich auswirkenden Veränderungen in der Staffel der Lohnsätze seit 1927 völlig unberücksichtigt gelassen hat. Im Dollbewußtsein einer unrühmlichen Diktatorgewalt zwingt der Schlichter den bereits ganz erbärmlich entlohten Bändern und Bänderinnen in den meisten Blumengeschäften ab 1. Januar 1932 einer weiteren Lohnabbau um 1 Mk. in der ersten und dritten Lohnstaffel und um 1,50 Mk. in der zweiten auf. Die Lohnsätze der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen werden um 10 Proz. gekürzt. Es muß geradezu als ein Wunder angesehen werden, daß er nicht auch noch von Amts wegen die Lohnsätze der Lehrkräfte herabgesetzt hat. — Und im DDB. herrscht große Freude, dort fühlt man sich wieder mal ganz als „Sieger“. Ein trauriger Triumph über die gesteigerte Not der Angestellten!

Widerstände gegen den Reichstarif. Das Reichsarbeitsministerium machte den Tarifparteien die Mitteilung: Eine Entscheidung über die beantragte Allgemeinverbindlichkeit konnte, im Hinblick auf noch schwebende Ermittlungen, bisher nicht getroffen werden. — Soweit wir bisher erfahren konnten, sind zum Sturm gegen den nunmehr seit zwölf Jahren bestehenden Reichstarif für Blumengeschäfte angetreten die sächsische Fachkammer für Gartenbau (die ja bei keiner Reaktion fehlen darf), die Ortsgruppe Schwerin im Reichsverband des deutschen Gartenbaus und die Gewerkekammer Chemnitz. Die letztere behauptete, die Mitglieder des Verbandes der Blumengeschäftsinhaber in Chemnitz lehnten die Allgemeinverbindlichkeit ab. Der Vorstand dieses Verbandes hat inzwischen festgestellt, daß diese Behauptung den Tatsachen nicht entspricht. — Die sächsische Fachkammer behauptet, daß durch die Einbeziehung auch der Blumengeschäfte, die von Gärtnereien betrieben werden, für diese nunmehr „zweierlei Arbeitsrecht“ geschaffen werde. Damit stellt sie, ihrer bisherigen Einstellung zum Arbeitsrecht entsprechend, die Dinge auf den Kopf. Sie bildet sich offenbar ein, daß ohne Allgemeinverbindlichkeit uneres Reichstarifs sie auch die Angestellten in den Blumengeschäften zu landwirtschaftlichen Arbeitern entzählen könnte. Aber es sei der Fachkammer noch mit einem Satz das Widerprüchsvolle ihres Handelns vor Augen geführt. Sie wendet sich sonst energisch gegen Schmutzkonkurrenz jeder Art. Hier aber übersteht sie ganz, daß die Erfüllung ihres Verlangens auf Unternehmenseite „zweierlei Recht“ schaffen würde: tarifgebundene und nicht-gebundene Schmutzkonkurrenten. Diesen Widerspruch zu sonst von der Fachkammer vertretenen Grundfragen erklären wir uns wohl zutreffend aus der stets bewiesenen ebenfalls grundsätzlichen Feindschaft der Fachkammer gegen Tarifverträge und Gewerkschaften überhaupt. — Die Ortsgruppe Schwerin im RdbG. endlich gebrauchte die dumme Einrede, ihr Reichsverband sei nicht am Tarifvertrag für die Blumengeschäfte beteiligt, obgleich er 26 000 Mitglieder zähle und damit die Mehrzahl der Blumengeschäfte in sich vereinige. — Es ist an sich hochinteressant, auf diese Weise einmal zu erfahren, wie vom Lande des Ochsenkopfes aus gesehen die Welt sich anschaut. Aber die lieben Schweriner Gartenbauern werden sich die Augen nicht schlecht wischen, wenn sie von dem Präsidium ihres Reichsverbandes, das froh wäre, wenn es noch die Hälfte der angegebenen Zahl müßern könnte, wegen ihres Streichs an- und zurückgepöffelt werden. Denn ihr Reichsverband will doch bekanntlich nicht tariffähig sein. Damit hat er erst vor kurzem den Antrag seiner Thüringischen Arbeitgebervereinigung abgelehnt, der Reichsverband solle sich am Reichstarif für die Blumengeschäfte beteiligen. Das alles brauqt man freilich in Schwerin nicht zu wissen. — Natürlich sind wir um so wüßbegieriger, recht bald das Ergebnis der Ermittlungen im Reichsarbeitsministerium zu erfahren.

Protest der SAJ. und des IGB. gegen Japan

Die in Genf zur Abrüstungskonferenz anwesenden Mitglieder des Vorstandes der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes haben folgenden Protest veröffentlicht:

„Die Sozialistische Arbeiterinternationale und der Internationale Gewerkschaftsbund können nicht dulden, daß die Abrüstungskonferenz ohne Protest gegen den Überfall Japans auf China eröffnet werde. Wenn gesagt wird, es gäbe keinen Krieg, so beweisen die Tatsachen das Gegenteil. Die Vertreter der SAJ. und des IGB. hatten die Absicht, dies heute vor den Tribünen der Abrüstungskonferenz auszusagen. Die Vorschläge, die die Petitionskommission beschlossen hatte, haben sie daran gehindert, mit der erforderlichen Energie gegen die Verletzung der Verträge durch Japan und das Stillschweigen der Konferenz zu protestieren, die das Ansehen des Völkerbundes herabsetzen. Die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit dem Überfall Japans auf China haben die Gefahr eines Weltbrandes herausbeschworen. Solange Japan in der Mandschurei vorging, haben die Großmächte nichts getan, um ihre Pflicht zu erfüllen, sie haben es nicht gewagt, ihren Verpflichtungen aus dem Völkerbündnis, dem Kellogg-Pakt und dem Neun-Mächte-Abkommen nachzukommen. Sie hätten Japan zwingen müssen, seinen imperialistischen Angriff auf China einzustellen. Aber der Völkerbund war machtlos, weil die Großmächte, die ihn beherrschten, es so gewollt haben. Andererseits habe ihr Eingreifen aus Anlaß der Beschießung von Schanghai und Hankin den Verdacht erweckt, daß die Regierungen sich in Bewegung gesetzt haben, um ihre eigenen imperialistischen Interessen und Privilegien, nicht um die Freiheit und die Rechte Chinas zu verteidigen. Unter diesen Umständen könnte der blutige Konflikt im Fernen Osten über-

kurz oder lang zu einem Weltkrieg auswachsen. Die SAJ. und der IGB. erklären daher:

1. Die kapitalistischen Regierungen haben, indem sie nicht eingriffen, um dem Raubzug der Japaner auf die Mandschurei Einhalt zu gebieten, die Mitschuld an den gegenwärtigen Ereignissen auf sich geladen.

2. Die Regierungen der kapitalistischen Länder verfügen über ausreichende wirtschaftliche und finanzielle Druckmittel, um Japan zur Einhaltung der Verträge zu zwingen. Es sei darauf hingewiesen, daß der Weltkapitalismus, der sich dieser Mittel so oft zur Niederringung revolutionärer Bewegungen bedient hat, nicht einmal versucht hat, sie gegen Japan anzuwenden. Die beiden Internationalen fordern die Parlamentsfraktionen der angeschlossenen Parteien auf, in ihren Parlamenten die Frage der Achtung bestehender Verträge aufzuwerfen und zu verhindern, daß Staatsangehörige ihrer Länder den Krieg fördern, indem sie Waffen und Kredite an die Angreifer liefern.

3. Schließlich erinnern die beiden Internationalen die Regierungen der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes daran, daß im Rahmen des Völkerbundes und mit den Methoden, die seine Satzung vorsieht, Aktionsmöglichkeiten gegeben sind, daß, wenn sie dies nicht tun, die Anschuldigung berechtigt ist, daß sie in dieser tragischen Lage bloß ihre eigenen Interessen und Privilegien in China verteidigt haben.

4. Nicht diese Interessen und Privilegien, sondern die Unversehrtheit des gesamten chinesischen Gebietes und die Achtung der Verträge gilt es zu verteidigen.

Mittelstandsretter?

In der Gewerkschaft Nr. 50, 1931, haben wir uns ablehnend zu dem Versuch geäußert, die Großbetriebe im Einzelhandel (Warenhaus, Einheitspreisgeschäfte und Konsumvereine) konzeptionspflichtig zu machen. Die Reichsregierung hat dem Sturm der „Mittelstandsretter“, hinter die sich leider Landesregierungen, Handelskammern und ähnliche Körperschaften gestellt haben, nicht standgehalten. Sie hat sich jedoch nicht gegen oder für die Einschränkung der Gewerbefreiheit entschieden, sondern dem Reichswirtschaftsrat die Laus zu knacken gegeben. Sie will Antwort auf folgende Fragen:

1. Empfiehlt sich die Einführung einer gesetzlichen, etwa an den Nachweis des Bedürfnisses gebundenen Erlaubnispflicht für Warenhäuser und warenhausähnlicher Unternehmungen?

2. Empfiehlt sich die Zulässigkeit der Bezeichnung „Einheitspreisgeschäfte“ oder eine ähnliche Bezeichnung gesetzlich zu beschränken und nur für solche Betriebe zuzulassen, die ausschließlich Waren zu den bekanntgegebenen Einheitspreisen feilbieten?

3. Empfiehlt sich eine wirksamere Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs dadurch, daß die Untersuchungsbezugnis des § 35 der Gewerbeordnung auf den Einzelhandel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs ausgedehnt wird?

Hierzu ist zu sagen:

Zu 1: Es empfiehlt sich nicht! Denn Warenhäuser, Konsumvereine und Einheitspreisgeschäfte sind die Rationalisierungsformen im Handel. Es handelt sich im Gegensatz zur industriellen Rationalisierung sogar um eine preisenkende Rationalisierung. Und nur deshalb werden sie vom Mittelstand bekämpft. Es mag auffallen, daß in den Fragen der Regierung die Konsumvereine nicht erwähnt sind. Aber Thüringen wie auch der Einzelhandelsausschuß des Württembergischen Industrie- und Handelstags verlangen, daß die Erlaubnispflicht ausgedehnt wird auf Einheitspreisgeschäfte, Lebensmittelhandlungen, Konsumvereine und Wanderlager.

Zu 2: Scheinbar ist dagegen wenig einzuwenden. Nur ist zu bedenken, daß viele Mittelstandsgeschäfte inzwischen Einheitspreisabteilungen eingerichtet haben. Die Befragung der Frage 2 würde also gerade die fortschrittlichen, noch anpassungsfähigen Händler treffen. Das wäre dann so eine Art Mittelstandsretterei, wie wir sie in Deutschland gewohnt sind.

Zu 3: Zuverlässigkeit — wo wäre sie mehr gegeben als in einem nach streng rationalen Grundsätzen betriebenen Handelsgroßbetrieb? Wer in ein Einheitspreisgeschäft geht, hat nicht die Illusion, für 1 Mk. einen Gegenstand im Werte von 2 Mk. hinaustragen zu können — ebenso im Warenhaus oder im Konsumverein. Wieviel Käufer fühlen sich aber hinterher nicht betrogen, wenn sie für 1 Mk. einen Gegenstand kaufen, von dem der Kleinhändler steif und fest behauptet, der Wert betrage „eigentlich“ 3 Mk.

Die Durchführung der Mittelstandsforderungen ist möglich auf Grund der Dierten Notverordnung. Hoffentlich widersteht die Regierung dieser Verlockung, denn sie wäre ein Schlag gegen die Preisenkung.

Zum Schluß: Wir haben bisher vergeblich auf die Stellungnahme der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels gewartet. Wie wir jetzt aus der Frankfurter Zeitung erfahren, hat sich der zuständige Ausschuß dieser Organisation gegen diese Art längst überlebter Mittelstandsretterei gewandt. Aus Angst (vor den politischen Drahtziehern?) hat sie ihren Entschluß geheim gehalten.

C. L.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ hat gegen den braunschweigischen Minister Klages Strafanzeige wegen Begünstigung erhoben, da Klages behauptet, daß der kürzlich von Nationalsozialisten ermordete Reichsbannermann Meier von seinen eigenen Kameraden erschossen worden sei.

363 Terrorfälle durch Nationalsozialisten sind, einwandfrei bearbeitet, mit Urkunden und zum Teil mit Gerichtsurteilen belegt, in acht Bänden durch den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Welz, dem Reichsinnenminister zur Einsichtnahme übermittelt worden. Abschriften davon haben der Reichskanzler und der preussische Innenminister erhalten.

Der Führer des preussischen Zentrums, Abgeordneter Dr. Geh, ist am 4. Februar im Alter von 53 Jahren gestorben.

Die Reichswehr nimmt Nazis auf, nachdem das Reichswehrministerium die Vorschriften aufgehoben hat, durch die bis jetzt die Einstellung von Nationalsozialisten verboten war.

Ein Nationalisten-Putsch in Litauen hat am 6. Februar zur Verhaftung des Direktoriumspräsidenten Böttcher in Memel durch zwei litauische Offiziere geführt.

Ein japanischer Generalangriff auf die chinesischen Hafenstädte Hankin und Schanghai, dem ein Bombardement vorausging, wurde am 4. Februar unternommen, trotzdem Amerika und England Vermittlungsvorschläge den beiden Mächten unterbreitet haben. Eine Kriegserklärung ist bis jetzt nicht erfolgt.

In Genf wurde am 2. Februar 1932 mit einer Rede Artur Henderson, Führer der englischen Arbeiterpartei, die Abrüstungskonferenz eröffnet. — Frankreich machte den Vorschlag, ein Völkerbündnis zu schaffen, um den Wünschen des Völkerbundes mehr Nachdruck verleihen zu können. — Der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Wandervelde, hat in einer scharfen Rede einen Vertrag gefordert, der eine sofortige Abrüstung erzwingt.

In Dänemark haben die Unternehmer etwa 85 000 Arbeitern zum 12. Februar gekündigt, um ihre Forderung eines 20prozentigen Lohnabbaus durchzuführen.

Ein Erdbeben auf der Insel Kuba hat fast die ganze Stadt Santiago zerstört. Mehr als 500 Tote wurden bis jetzt gezählt.

Unsere Jugend

Hinein in die Eisene Front!

An die deutsche Jugend! Die Reichskampfleitung der Eisernen Front hat aufgerufen zum Kampf für die bedrohte Freiheit des deutschen Volkes und für die Erfüllung der Verheißungen in der Verfassung von Weimar. Der Katastrophenspolitik und den Diktaturplänen des Nationalsozialismus soll die geschlossene Kampffront des republikanisch und freiheitlich gesinnten Volkes entgegengestellt werden.

In dieser Front für soziale Gerechtigkeit, für innere und äußere Freiheit, für Frieden und allgemeine Abrüstung, steht auch die Jugend. In diesem Kampf gegen Bürgerkrieg und Diktatur entscheidet sich das Schicksal der Jugend, von seinem Ausgang hängt die Zukunft der jungen Generation unseres Volkes ab.

Die Gegner der Demokratie und der Republik behaupten, die Mehrheit und der aktivste Teil der deutschen Jugend stünden in ihren Reihen. Das ist nicht wahr. In unseren Organisationen stehen Hunderttausende junger Menschen, die sich begeistert zu den Zielen und Parolen der Eisernen Front bekennen. Wir haben bisher dem Geschrei der anderen unsere zähe praktische Arbeit für die Ziele der Demokratie und des Sozialismus entgegengestellt. Jetzt aber sollen Freunde und Gegner wissen, daß neben den Männern und Frauen der Eisernen Front auch eine kampfbereite Jugend steht.

Wir rufen die Jugend unserer Verbände, wir rufen die vorwärtsdrängende, freiheitlich gesinnte Jugend im ganzen Land, bereit zu sein für den Dienst in der Eisernen Front. Bereit zum Dienst, das heißt, daß wir an allen Plätzen, an denen wir mit jungen Menschen in Berührung kommen, am Arbeitsplatz, auf den Stempelstellen, in den Berufsschulen unter der Jugend werben für die Demokratie und für eine neue gerechtere Wirtschaftsordnung. Viele unter uns können noch nicht als aktive Mitglieder in die Formationen der Eisernen Front eingereiht werden; aber es ist keiner so jung, daß er nicht zum Werber für die Ideen der Eisernen Front werben kann. Es ist unsere besondere Aufgabe, in den nächsten Monaten der gesamten Jugend unseres Volkes begreiflich zu machen, daß ihre Zukunft entschieden wird im Kampf der Eisernen Front.

Wenn die Kampfleitungen der Eisernen Front rufen, um in öffentlichen Kundgebungen Ziel und Inhalt ihres Kampfes zum Ausdruck zu bringen, dann werden die Jungen zur Stelle sein. Wir setzen dem Vernichtungswillen der Gegner unsere Einheit entgegen. Wo es um die Freiheit und das Leben der arbeitenden Jugend geht, sind wir eins im Willen und im Handeln.

Für die Jugend der freien Gewerkschaften:

Walter Maschke.

Für die Jugend der Arbeiterportverbände:

Fritz Wildung.

Für die Sozialistische Arbeiterjugend:

Erich Ollenhauer.

Für die Jugend des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“:

Artur Pape.

Wenn Zahlen reden

Deutschlands Kraftfahrzeugpark. Bekanntlich kommt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika durchschnittlich schon auf jeden fünften Einwohner ein Kraftfahrzeug. In Deutschland ist die Bestandsdichte nicht entfernt so groß. Bei einem augenblicklichen Gesamtbestand von $1\frac{1}{2}$ Millionen Kraftfahrzeugen entfällt bei uns durchschnittlich nur auf jeden 43. Einwohner ein Kraftfahrzeug. Unter den deutschen Großstädten weist die absolut meisten Kraftfahrzeuge Berlin auf (rund 116 000); es folgen in weitem Abstand Hamburg (rund 30 100), München (30 000) und Leipzig (20 500). alle übrigen Großstädte haben weniger als je 20 000 Fahrzeuge. Die Kraftfahrzeugdichte, die für Berlin mit durchschnittlich je einem Kraftfahrzeug auf 37 Einwohner, für Hamburg auf 38 Einwohner berechnet ist, zeigt sich besonders groß in München (ein Fahrzeug auf je 24 Einwohner); auch Braunschweig (25 Einwohner), Stuttgart (28 Einwohner), Nürnberg, Dresden (54 Einwohner), Bremen, Erfurt, Bielefeld, Leipzig und Hannover (je 35 Einwohner) und Wiesbaden (36 Einwohner) stehen noch unter dem Durchschnitt unserer Millionenstädte Berlin und Hamburg. Außerdem verkehrten im letzten Jahre auf den deutschen Landstraßen rund 131 000 Kraftfahrzeuge, die im Ausland beheimatet sind, davon die relativ meisten aus den Niederlanden, der Schweiz, der Tschechoslowakei, aus Oesterreich und Frankreich kommend; aus Amerika waren 2223 Fahrzeuge herübergekommen.

Aus unserer Bewegung

Die Bezirkskonferenz Hannover tagte am 24. Januar im Gewerkschaftshaus in Hannover. Ueber die Tätigkeit des Bezirksvorstandes berichtete Kollege Kregel, über die Bewegung in den öffentlich-rechtlichen Betrieben Kollege Meißner, über die Lage der Reichs- und Staatsarbeiter Kollege Brandt, über die Gruppe „Gärtnerei, Park, Friedhof“ Kollege Adam und über die letzte Sitzung des Verbandsbeirats Kollege Warncke. Dann folgte ein großzügiges Referat des Kollegen Reißner, Berlin, über „Die wirtschaftspolitische Lage und die Vierte Notverordnung“. Unter stärkster Zustimmung der Konferenz wandte er sich gegen die Phrasologie des Radikalismus und feuerte alle Mitglieder im Lande an, die Großmüdigkeit der Gegner mutig abzuwehren. Selbstertrauen gibt Kraft und Mut, sich nie und nimmermehr unter das Sklavenjoch vergangener Zeiten zu ordnen. — Eine eingebrachte Entschließung betont diesen Willen nachdrücklich. — An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Möhring, Hüpeden, Kessler (Göttingen), Frank (Hannover), Krehbel (Hilbesheim), Bertelsmeyer (Hameln), Tröger (Alfeld), Gerhardt (Lüneburg), Mannheim (Goslar) und Ostermeier (Minden). Alle sind empört über die Zumutungen der Regierung an die Arbeiterschaft und willens, mit der Gewerkschaftsorganisation und der Sozialdemokratie eine Änderung der Verhältnisse zu erstreben. An der Arbeit des Bezirksvorstandes brauchte erfreulicherweise keine nennenswerte Kritik geübt zu werden.

Bezirkskonferenz Südbaden. Kollege Weiß konnte bei Eröffnung der gutbesuchten Konferenz am 17. Januar neben den Delegierten auch eine Reihe von Gästen begrüßen. Vertreten waren: die sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtages, des Kreises von Oberbayern und des Stadtrats München, ferner der ADGB, der ADB, und der AFA-Bund sowie die sozialistische Presse. Nach erfolgter Ehrung der Verstorbene und Erlebung geschäftlicher Fragen erstattete Kollege Weiß den Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes. Im Anschluß berichtete Kollege Manz über die 3. Beiratstagung. Besonderes Interesse hatte der Vortrag des Kollegen Bender, Berlin. Unter Betonung der Ursachen der Wirtschaftskrise, wies er die Unfähigkeit des heutigen kapitalistischen Systems nach, das abgelöst werden müsse durch die sozialistische Bedarfs- und Gemeinwirtschaft. Der Redner behandelte die Auswirkungen der letzten Reichsnotverordnung vom 8. Dezember 1931 für die Gehalts- und Lohnempfänger hauptsächlich im öffentlichen Dienst und die sonstigen Nachteile in sozialpolitischer Hinsicht. In der Preisenkungsfrage ist es Pflicht der Gewerkschaften mitzuwirken. Zum Schluß kam der Redner noch auf die allgemeinen Tagesfragen besonders politischer Art zu sprechen und vermaß nicht auf die Bildung der Eisernen Front hinzuweisen. — Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die von der bayerischen Staatsregierung Schutz für republikanische Arbeiter und Beamte fordert, die jederzeit und offen für die Erhaltung des Staates und seiner Verfassung eintreten. Die Entschließung ist inzwischen dem Gesamtministerium zugeleitet worden.

Die Bezirkskonferenz 10 (Westfalen) tagte am 17. Januar in Düsseldorf. Den Bericht über die Tätigkeit des Bezirksvorstandes erstattete Kollege Gerbracht, der dabei die wirtschaftliche Lage schilderte und scharf verurteilte, daß Reichsregierung und Unternehmertum mit dem untauglichen Mittel des fortgesetzten Lohnabbaus die Wirtschaft wieder flottmachen wollen. Ebenso wandte er sich gegen die RGO und gegen die noch immer bis zu 70 Stunden währende Arbeitszeit in den Heil- und Pflegeanstalten. Er schloß mit der Aufforderung, weiter treu und fest im Gesamtverband zusammenzustehen und für ihn zu arbeiten. Hierauf hielt der Kollege Reißner vom Hauptvorstand ein groß angelegtes Referat. Er knüpfte an die Sitzung des Verbandsbeirats im Dezember 1931 an, schilderte die Situation im Verband und gab ein Bild der wirtschaftlichen und politischen Lage. Er schloß: „Die Nazibewegung wird auf die Dauer ihre Haufen nicht zusammenhalten, wenn sie die Versprechungen nicht erfüllen kann. In diesem Frühjahr will sie die Entscheidung herbeiführen. Unsere Aufgabe ist es, alle Kräfte einzusetzen, um ihre Pläne zunichte zu machen.“ Die Aussprache wurde von dem Kollegen Pira, Düsseldorf, Niehüser, Duisburg, Daum, Wuppertal und Lorenz, Essen, bestritten, die bis auf Daum Kritik an den Referaten vom Standpunkt der SAP, und KPD, übten. Hatte Daum ihre Argumente schon arg zerpflückt, so war es auch den Kollegen Gerbracht und Reißner ein leichtes, die Unhaltbarkeit der Einwendungen nachzuweisen. So konnte denn auch Kollege Momm am Schluß der Konferenz begeisterte Zustimmung finden mit der Aufforderung, treu und fest zu stehen zur Eisernen Front.

Bezirkskonferenz Württemberg. In der Bezirkskonferenz am 17. Januar in Stuttgart gab Kollege Huber den Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstandes. Er schilderte, wie schwer lohnbrückend sich die Wirtschaftskrise im Bezirk auswirkt. Bei einzelnen Gruppen (Kleinbahner und Post) werden nur noch Stundenlöhne von 45 und 48 Pf. gezahlt. Dazu kommen noch Arbeitszeitverkürzungen bis zu 40 Stunden pro Woche, so daß

das Einkommen unerträglich ist. Der Mitgliederstand ging infolgedessen von 16 000 auf 15 000 zurück. Zum Schluß gab Kollege Huber noch einen kurzen Bericht von der Beiratsitzung. Nach einer ausgedehnten Diskussion referierte Kollege Stetter, Berlin, über „Die Notverordnung und ihre Auswirkung auf die Arbeiterschaft“. Auch hieran schloß sich eine ausgedehnte Diskussion. Mit einem kräftigen Schlußwort schloß Kollege Huber die Konferenz.

Baden-Baden. In der Generalversammlung am 24. Januar gab Kollege Karl Ulrich den Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung. Erwähnenswert ist, daß seit der letzten Generalversammlung ein Mitgliederzuwachs von 17 zu verzeichnen ist. Sodann berichtete der Kassierer Jof. Lorenz über den Stand der Kasse. Die Neuwahlen brachten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender K. Ulrich, 2. Vorsitzender H. Bracht, Kassierer J. Lorenz, Schriftführer K. Danf. Kollege Bürker hielt dann einen Vortrag über: „Die Notverordnungs politik und ihre Auswirkungen auf den Gesamtverband.“

Frankfurt a. M. In der Jahresdelegiertenversammlung am 1. Februar 1932 gab Kollege Schneider den Geschäftsbericht. Den Kassenbericht ergänzte der Kollege Reuß. Er konnte entprechend den Verhältnissen mit keinem besonders günstigen Resultat aufwarten, denn in dem Rückgang des Markenverkaufs drückt sich die wirtschaftliche Lage der Mitgliedschaft aus. Die Mittel, die für Unterstützungen ausgegeben werden müssen, nehmen einen immer größer anwachsenden Posten ein. Die Neuwahl der Ortsverwaltung und der Revisionskommission wurde nach den Vorschlägen der Ortsverwaltung durch Akklamation vorgenommen und erfolgte einstimmig.

Freiburg i. Br. In der Generalversammlung am 31. Januar gaben die Kollegen Geiler und Schmitt den Geschäftsbericht. Für 17 Berufsgruppen und Betriebe wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Organisationsbereich örtlich geregelt; im übrigen erfolgt die tarifliche Regelung durch zentrale und bezirkliche Vereinbarungen. Daß der gewerkschaftliche Interessenschutz auch auf einem anderen wichtigen Gebiet gerade in dieser furchtbaren Notzeit unentbehrlich ist, wird durch die Tatsache sehr augenfällig belegt, daß von der Einnahme für die Hauptkasse im Berichtsjahre im Betrage von 34 000 Mk. nicht weniger als 16 000 Mk. von der Ortsverwaltung an Unterstützungen an die Mitglieder und deren Angehörigen ausbezahlt wurden. In diesen Zahlen kommen die furchtbaren Wunden der Wirtschaftskrise zum Ausdruck, nicht weniger aber auch die Unentbehrlichkeit des gewerkschaftlichen Schutzes. Mit der Bildung des Gesamtverbandes am 1. Januar 1930 wurde eine Invalidenzschußkasse eingeführt. Auf Grund der sehr entgegenkommenden statistischen Übergangsbestimmungen beziehen in der Ortsverwaltung Freiburg am 1. Januar 1932 bereits 21 invalide Kollegen die Unterstützung, die ein willkommener Zusatz zu den teilweise ganz außerordentlich gekürzten Bezügen der zur Ruhe gesetzten Kollegen bedeutet. Selbstverständlich hat das schwere Wirtschaftsjahr auch Mitgliederverluste gebracht. Die furchtbare Arbeitslosigkeit hat Wunden geschlagen. Aber die Kampfkraft des Verbandes ist ungeschwächt. Sie muß auch im neuen Jahre ungeschwächt bleiben, denn das reaktionäre Unternehmertum und seine politischen Helfer halten an dem Ziel, den gewerkschaftlichen Einfluß bei der Regelung des Arbeitsvertrages durch Zerstörung des Tarifrechts völlig auszuschalten, fest. Die Kollegen, die im alten Kampfsjahre die Ortsverwaltung bildeten, wurden von der Generalversammlung einstimmig wiedergewählt.

Hirschberg i. Rgb. In der Generalversammlung am 30. Januar erstattete Kollege Leuchtenberger den Geschäfts- und Kassenbericht. Daraus war zu erkennen, daß die Ortsgruppe das Krisenjahr gut überstanden hat. Bei einem Jahresumsatz von 48 031 Mk. blieb ein Ortskassenbestand von 672 Mk. An Unterstützungen wurden insgesamt 14 806 Mk., einschließlich von 1553 Mk. Weihnachtshilfe, ausgezahlt. Die Fakultä zählte 677 Mk. für Schadenersatzansprüche aus. Der Mitgliederbestand weist trotz des Notjahres eine Zunahme auf 1350 auf. Bei der Wahl der Fachgruppenvorstände wurden die bisherigen fast alle wiedergewählt. Die Ortsgruppenkonferenz findet am 28. Februar statt, zu der die Delegierten der einzelnen Fachgruppen gewählt werden.

Bad Nauheim. In der gutbesuchten Generalversammlung am 10. Januar gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Mitgliederbestand hat sich fast nicht verändert. Den Kassenbericht gab Kollege Krauß. Der größte Teil der Beiträge ist den Mitgliedern wieder in Form von Unterstützung zugeflossen. Die Vorstandswahl brachte keine Änderung bis auf ein Mitglied, für das Kollege Kistner neu in den Vorstand trat. Kollege Büttner richtete zum Schluß einige Worte an die Kollegen, frei zum Verband zu stehen und allen Hezereien der RGO. kein Gehör zu schenken. Es sei Aufgabe jedes einzelnen, die „Gewerkschaft“ zu lesen, damit jeder weiß, was vorgeht. Der größte Teil der Kollegen, die von der RGO. aufgeschaltet wurden auszutreten oder Beiträge nicht mehr zu leisten, sind in den letzten Tagen

wieder zu uns zurückgekehrt bzw. haben ihre Beiträge restlos nachgezahlt. Es sollte jedem klar sein, daß gerade jetzt eine starke Einheit in den Gewerkschaften nötiger ist als jemals, wenn wir nicht alles verlieren wollen. Vieles haben wir hinnehmen müssen, aber viel Schwereres steht uns bevor am 1. April, wenn die Beiträge ablaufen. Seien wir uns deshalb einig, um die kommenden Kämpfe siegreich führen zu können.

Schwerin. In der Generalversammlung gab Kollege August Lemcke den Kassenbericht. Erwerbslosen und bedürftigen Kollegen wurden rund 20 000 Mk. ausgezahlt. Die Mitgliederzahl reicht nahe an 1500 und ist im letzten Jahr konstant geblieben. Kollege Hans Pollock gab dann den Jahresbericht. Die Neuwahl des Filialvorstandes ergab Wiederwahl des Kollegen Pollock als Vorsitzenden und des Kollegen Lemcke als Kassierer. Weiter wurden gewählt die Kollegen Kalfow, Schneider, Dölzer, Kaufert, Gräfnitz, Witt, Dick, Schnell, Koch, Steffek, Hertwig, Kröger und Lude.

Stralsund. In der Generalversammlung am 24. Januar gaben die Kollegen Stüwe und Haft den Geschäfts- und Kassenbericht. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Alle anwesenden Kollegen sprachen den Wunsch aus, die Kollegen des Kreises Rügen sowie der Stadt Berth bald in der Ortsgruppe begrüßen zu können. Nachdem noch innere Angelegenheiten der Verwaltung geregelt waren, fand die gut verlaufene Tagung mit einem Truggelöbnis für den Gesamtverband ihr Ende.

RUNDSCHAU

Gruß des Hauptmanns von Cöpenick an Hitler, den Wachtmeister von Hildburghausen. Sehn Se, Herr Hitler mir haben damals auch schon die Papiere gefehlt. Sehn Se, Herr Hitler, da hab ich oller Mann mir hier oben geradezu himmlisch gefreut, daß son großer Politiker wie Sie, von Ionem armen Luder als wie ick, noch wat gelernt haben. Darin scheint nämlich ins neue Deutschland genau so zu sind, wies ins alte war, ohne Papiere ist der Mensch kein Mensch nich, und erst die Uniform macht aus dem Menschen einen richtigen Menschen. — Mir haben se damals den Daß genommen und Ihnen haben se den Daß nicht leichen. Det ist ejentlich der ganze Unterschied zwischen uns beide. Und ohne die Papiere konnte ich keene Beschäftigung als Schuster kriegen und Sie keene als Präsident. Nur war ich en bißchen bescheidener und dachte: „Schuster bleib bei deinen Leisten!“ Sie wollten aber partu nich bei Ihrer Tapeziererei bleiben. Det kann ich Ihnen ooch ejentlich jarnicht vadenken, immer so eene Schablone neben die andere malen, ist ja ebenso langweilich, wie als Crommler immer die selbichten Töne zu schlagen. Aber lieber Kollege Adolf, wenn Se noch als Präsidente höher ruf wollen wie ick — als Militär habe ich doch höher ruf gewollt als Sie. Ich hab gleich als Hauptmann angefangen und Sie wollten es beim Wachtmeister von der Jendarmerie bewenden lassen. — Freilich hätte ich in Cöpenick ooch nur zehn Mann zu befehligen, genau so wille wie Sie in Hildburghausen unter sich gehabt hätten. Aber da ist ooch noch'n Unterschied: Ich hab mir nämlich selber de Uniform angezogen und bin selber hinjezungen, um mir die Papiere zu holen, Sie aber haben det allens durch Fricken besorjen lassen. Aber sehn se Männchen, det Militäranancemang hat Ihnen ooch nichts geholfen. Se sind ebenso waschütt jezungen bei det Ding, als wie ick. Die Papiere haben wir alle beide nich jekriegt; nur bin ick dabei zu sitzen jekommen und Sie zu liegen. Na lieber Adolf, nun stehn Se man wieder uff... und trösten Se sich mit mir, ick hab es ja noch zu wat jebracht: zum Rentier. De olle Wertheim, wat ne jüttige aber jüdische Frau war, is ja nun doot, sonst hätte se Ihnen ooch noch ne Rente ausgezahlt, als wie mir. Aber fürs Panoptikum und für die Komödie sind Se ja nun genau so reif als wie ick. Fragt sich nu man bloß, über wen se nun mehr lachen, über mir oder über Ihnen. Und no Herr Wachtmeister nu lassen Se sich jut jehen, und wenn Se mal wieder nen taktischen Rat brauchen, so fragen Se nur nach dem Hauptmann von Cöpenick.
Der unsterbliche Doigt.

Wendung

Eja, man hatte fast vergessen,
Daß die beste Zeit vergeht,
Doch der Nazi unterdessen
Wurde dreist und aufgebüßt.

Eja, man hatte keine Eile,
Priüfte zögernd den Befund,
Der Faschismus mittlerweile
Wurde fett und ungelutend.
Endlich rührt ihr heut' die Hände,
Länger nicht in Schlaf gelutet,

Alles hat einmal ein Ende,
Auch die menschliche Geduld.
Heller wird's am Horizont —
Eiserne Front.

Schwere Gloden, nicht Schalmeien
Hallen heute durchs Gehog,
Und ihr schlicht die reinigen Reiben,
Und ihr macht euch auf den Weg,
Und der Weg ist hell belohnt! —
Eiserne Front. Alfred Kott

Die Kluft

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

VI.

Der Arbeiterausschuß war aus der Downing Street noch nicht zurückgekehrt, und nun vermochte Joan das Fernsein vom Zentrum des Ganzen nicht länger zu ertragen. Wenn das Komitee mit der Antwort des Premierministers vor die Gewerkschaften trat, ja, das konnte gut und gern der dramatischste Moment sein, der in ihrem ganzen Leben vorkommen würde. Und ihm sollte sie nicht als Augenzeuge beiwohnen? ... „Auf irgendeine Art schmuggle ich mich jetzt in die Halle“, sagte sie zu Dacre.

„Könnte ich nicht mitkommen?“

„Wollen es versuchen. Aber da es noch Stunden währen mag, bis sie die Antwort bringen, und wir, wenn wir ein Versteck gefunden haben, darin ausharren müssen, rate ich, daß wir uns vorher erst mit ein wenig Proviant versorgen.“

„Prachtvolle Umsicht!“ lobte Anthony. „Ich hole ein.“

„Nein, Sie würden den ganzen Laden aufkaufen und mit einem Sack auf dem Buckel angewankt kommen. Lassen Sie mich die Hausfrau spielen.“

Sie erstanden in einem nahen Obstgeschäft Orangen und etwas Schokolade und schlichen dann wie Verschwörer im Gebäude umher. Die Kontrolle an den Türen zur Halle war ebenso streng wie bisher, doch fand Joan an der Rückseite eine enge Wendeltreppe — eine Art Notausgang —, die oben in einen schmalen Balkon mündete. Dacre steckte vorsichtig seinen Kopf hinein.

„Niemand hier!“ flüsterte er. „Wenn wir uns dort schon brav niederzusetzen, ist alles in schönster Ordnung... Verdammte, schon naht jemand!...“

„Scht! Ich bin's!“

„Blain! Was zum Teufel...“

„Jagen Sie das unschuldige Knäbchen nicht davon. Es möchte auch ein bißchen äugeln!“

Joan sah den jungen Mann mit dem dicken schwarzen Haar und den kecken dunklen Augen erstaunt an. Eine Hälfte seines Gesichtes war paralysiert, wie sie später erfuhr, infolge eines Absturzes, denn Blain war während des Krieges ein waghalsiger Kampfflieger gewesen. Die andere Hälfte hingegen quirlte von Leben.

„Schon eine ganze Weile plage ich mich ab, irgenowo und irgenowie in diese verdammte Höhle einzubrechen, und als ich Sie beide so heimlich fortschleichen sah, folgte ich Ihrer Spur. Hassen Sie mich nicht!“ grinste er Joan an. „Ich will ganz brav sein!“

„Hübsch ruhig!“ warnte Dacre. „Ober es gibt etnen höllischen Krach!“

Auf den Zehenspitzen schlichen sie sich zur Balustrade und blickten durch einen Nebel von Tabaksqualm hinab in den Saal, der eine erstickende Hitze zu ihnen emporschickte. Joans Herz schlug rascher, dort unten, das waren die ihrigen, deren Leben sie kannte, deren Sorgen sie teilte. Sollte der Generallstreik beschlossen werden, so bedeutete das, daß manche von ihnen einen Posten verloren, den sie ihr Lebtag innegehabt hatten; Eisenbahner und im städtischen Dienst Angestellte würden die Pension riskieren, die ihnen einen halbwegs friedlichen Lebensabend sicherte; andere wiederum, die in Kraftstationen arbeiteten, liefen Gefahr, wegen etwa entstehender Schäden zur Verantwortung gezogen zu werden, vielleicht ins Gefängnis zu wandern — ausnahmslos aber setzten sie den Unterhalt für Frau und Kind aufs Spiel. Ja, für Joan selbst und die Jugend der sozialistischen Partei war es leicht, sich für den Generallstreik zu begeistern; doch diese Männer dort unten würden die Suppe auszulöffeln haben. Die Uhren kündeten beinahe Mitternacht, als eine Welle der Aufregung durch den Saal lief und durch alle Türen scharenweise die Delegierten hereinströmten.

„Sie sind da!“

Kaum hatte der Ausschuß, unter deren Mitgliedern Joan die vierschrötige Figur des Bergarbeiterführers Cook und das schöne, von grauen Locken umrahmte Gesicht Macdonalds, des Führers der Abgeordnetenfraktion, auffielen, auf der erhöhten Estrade Platz genommen, so berichtete der Vorsitzende mit ruhiger und beherrschter Stimme, daß alle Anstrengungen, die Bergleute auf friedlichem Wege vor noch größerem Elend zu retten, gescheitert seien. Als sich nun der Führer der Eisenbahner erhob, ging ein erwartungsvolles Raunen durch die weite Halle. Seine gemäßigten Ansichten konnte man allgemein. Wenn er für einen Streik

stimmte, dann allerdings gab es keinen anderen Ausweg. Und in eine Stille, so tief, daß jedes seiner Worte wie ein Kieselstein niedersank, sprach der Mann, der früher Lokomotiven geführt hatte und jetzt eine der größten Gewerkschaften leitete, mit feierlichem Ernst:

„Noch bei keiner Verhandlung — und es hat deren viele in meinem Leben gegeben — habe ich so plädiert, so gefleht, so gebettelt, wie ich es heute den ganzen Tag getan habe... Aber es war umsonst.“ Der Sprecher machte eine Pause, atemlos saßen die Zuhörer. „Wir haben um Frieden gerungen. Wir haben um Frieden gebeten, weil wir ihn brauchen. Das Volk will den Frieden.“

Ein Murren der Zustimmung unterbrach ihn. Dieser Führer verfügte auch über eine seltene Rednergabe, doch er war zu bewegt, um in solchem Augenblick an oratorische Schmörkel zu denken. Sein Blick schweifte durch die weite Halle.

„Diejenigen, die den Krieg wollen, müssen die Verantwortung tragen!“

Dieser Satz zerbrach die Selbstbeherrschung der Zuhörerschaft. Hochrufe brausten empor, wieder und wieder. „Wenn sie ihn wollen, so sollen sie ihn haben!“ gelte es von allen Seiten.

Der Vorsitzende ersuchte um Ruhe. Nüchtern und gelassen, als handle es sich um Alltäglichkeiten, erinnerte er die Delegierten, daß viel Arbeit ihrer harrte... die Vorschläge für koordinierte Aktion — „Himmel, welcher Name für einen Streik!“ flüsterte Blains lose Zunge — müßten schnellstens den Gewerkschaften vorgelegt werden... Die Konferenz werde hiermit auf den nächsten Morgen vertagt.

„Verdammt, das hätte ich nicht versäumen mögen!“ knurrte Blain. „Weiß nun, wozu mich der Krieg verschont hat. Ah, wir werden es ihnen eintränken! Erst lassen uns die Kapitalisten einen Krieg ausfechten und hernach behandeln sie unsere Leute wie Hundel!“ In seiner Erregung faßte der einstige Fliegerleutnant Joans Arm. „Sie müssen mich helfen lassen, hören Sie? Ich bin zwar arg zertöppert, kann trotzdem aber noch alles steuern, auf dem Land, in der Luft oder zur See. Und wenn es darauf ankommt, brauche ich tagelang weder Schlaf noch Essen. Doch da ich keinen einzigen Ihrer Führer kenne, begegnet man mir vielleicht mit Mißtrauen. Sie werden sich für mich einsetzen, Miß Craig, Sie werden bürgen, nicht wahr?“

Nun hätte Joan berechtigterweise einwenden können, daß ein vierstündiges enges Zusammenhocken in dem Staub einer unbenutzten Nische noch keine Garantie für seine Vertrauenswürdigkeit sei. Doch es gibt Zeiten, in denen Freundschaft schnell reift. „Natürlich werden wir Sie anstellen.“ Vor diesen beiden Männern fühlte sie sich als Repräsentant der ganzen Gewerkschaftsbewegung. „Dazu ist vor allem aber nötig, daß wir Royd wieder aufgabeln. Schnell nach unten!“

Als sie und Dacre die schmale Treppe hinabstiegen, die sie vor Stunden so vorsichtig und ängstlich emporgeklettert waren, schienen ihre Füße Flügel bekommen zu haben. Blain humpelte mühsam hinterdrein.

„Ich sammle noch ein paar Jungen und erwarte Sie draußen“, rief er ihr nach. „Nachher werden wir bei einem gemeinsamen Abendessen überlegen, was wir machen können.“

Royd war unabhkömmlich und beantwortete Joans Zettel mit den hastig gekritzelten Worten: „Unmöglich, Sie jetzt zu sehen. Fahren Sie am Vormittag, und Joans Erstaunen wuchs, als sie erfuhr, daß die Journalistin seit langem der Arbeiterpartei angehörte.

Parma — und nicht die Herren — verhandelte so lange mit einem der Geschäftsführer, bis er in den überfüllten Räumen Platz für die ganze Gesellschaft schaffte.

Der letzte Satz wurde ein magischer Talisman, der Joan von northerein die Gunst der von Blain zusammengetrommelten Schar sicherte.

Ehe sie sich versah, brauste ein Ford mit ihr, sechs fröhlichen jungen Männern und Anthony Dacre zum Lyons Restaurant, wo unmittelbar darauf auch Parma de Prag eintraf. Doch dieses begeisterte Mädchen war eine andere Parma wie die kaltschnäuzige Dame am Vormittag, und Joans Erstaunen wuchs, als sie erfuhr, daß die Journalistin seit langem der Arbeiterpartei angehörte.

Parma — und nicht die Herren — verhandelte so lange mit einem der Geschäftsführer, bis er in den überfüllten Räumen Platz für die ganze Gesellschaft schaffte.